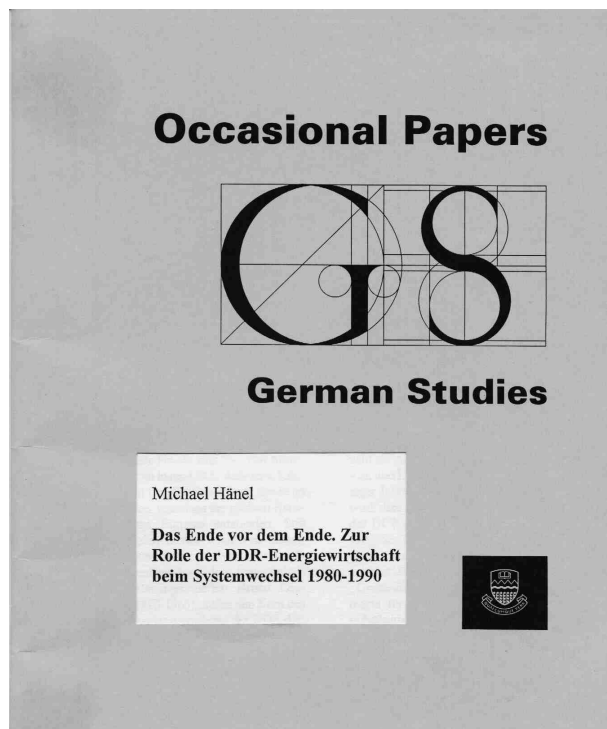


Michael Hänel

“Das Ende vor dem Ende“

Zur Rolle der DDR-Energiewirtschaft beim Systemwechsel 1980-1990<sup>1</sup>

Zuerst (März 1998) erschienen in:



© Michael Hänel [mihae@online.de](mailto:mihae@online.de)  
(Stand Januar 1998; keine Textveränderungen)

<sup>1</sup> Vorliegende Fallstudie ist eine erläuternde Kontextualisierung, die heute zugängliche Archivmaterialien zur Deutung der zentralen Parteien, der Motive und Ziele des DDR-Atomprogrammes aufbietet. Der in den Archiven vorhandene Textbestand ist ungleich größer als der referierte. Im Interesse der Verständlichkeit war eine Auswahl zu treffen. Im vorliegenden paraphrasierend-erläuternden Kommentar ist es nicht möglich, auf die DDR-typischen politischen Sprachregelungen und auf technischen Wortschatz bei der Beschreibung der Reaktoranlagen zu verzichten. So kommen Wortungetüme wie „Betriebsparteiorganisation“ und „Kühlmittelverluststörfall“ vor, die hier nicht hinreichend übersetzt werden können. Siehe allgemein zu dieser Methode Dieter Henrich, „Identität und Objektivität. Eine Untersuchung über Kants transzendente Deduktion,“ *Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse*, 1. Abhandlung, (1976): 9.  
Ich danke Reinhard Borgmann (Berlin); Günter Flach (Dresden); Wolfgang Horlamus (Berlin); Norbert Meyer (Greifswald); Sebastian Pflugbeil (Berlin); Achim Weber (Dresden) und Frau Gräfe (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/Berlin) für jedwede Hilfe. Den Herausgebern danke ich für das Interesse an diesem Thema.

## Summary:

On 4 December 1989, one of the most ambitious projects to build atomic power plants came to an end. Nevertheless, far away from any international safety level, the Russian-designed *Greifswald Atomic Power Plant* became the most dangerous undertaking to date for the environment of the entire Northern Germany and Baltic Sea region. As the cornerstone of the former East Germany's atomic energy plan, the planned reactors were to be the complete solution to any and all energy crises that might hit the weakened state's economy during the 1980s. Despite the billions invested, no reactor was started up after 1979, thereby showing the East German leadership to be in need of reform. Since 1990, increased attention has focussed on the prominent role played in the decline of socialist East Germany by the facts of Stasi's suppression, the absence of freedom of speech and domicile, and the enormous pollution of the environment. This is due to the progress achieved in the analysis of Stasi's files, beginning with the termed *Opferakten* (surveillance files made by Stasi department XX). All these reasons, leading to the collapse of the G.D.R., originated with the permanent energy crisis, which in turn resulted from the collapse of the atomic energy plan. This article raises the question of whether the self-satisfied East German systems had gotten into difficulties over energy and industrial production due to pressure by those whom Harry Maier termed the *Innovationsträgheit* (sluggishness of innovation). With the help of Stasi archives, the State party *SED* and various Ministries, the motives, goals and planning of energy sector during the last decade of G.D.R. as a state have been revealed. This article discusses both conventional and unorthodox perceptions of atomic energy plan, from the bureaucracy and the technical experts, and the question of whether there existed a way out of energy crisis. It analyses the role of Stasi's control in this part of the economy and the tragic capitulation of East Germany's *Atomic Safety Agency*, overwhelmed by the nuclear power plant's supervisor in 1988. Finally, it tries to point out to the co-operation of the Federal Environmental Ministry and the East German bureaucracy and the last victory of 'Eastern' ideologues on this front of the Cold War.

*Jeder hat zwei Revolutionen mitgemacht, seine persönliche und die allgemeine*  
Boris Leonidowitsch Pasternak, DOKTOR SCHIWAGO

Als am Abend des 4. Dezember 1989 der Chef der „Kreisdienststelle Greifswald“ der DDR-Staatssicherheit, Oberstleutnant Erfurth, von seinem Büro in der Domstraße nach Hause fuhr, sah er sich seines Berufes beraubt. Seit 13.00 Uhr waren die Panzerschränke versiegelt, das Gebäude besetzt, bei Widerstand der Staatssicherheit drohte ein Generalstreik im ganzen Land. Am Ende war auch das ehrgeizigste Projekt zum Bau von Atomkraftwerken in der DDR. Achtzehn Kilometer von Greifswald entfernt, direkt an der Ostsee, entstand eines der größten Kernkraftwerke Europas. Seit 1979 lieferten vier Reaktoren Strom; vier weitere waren im Bau. Das Kraftwerk, benannt nach dem kommunistischen Planungsexperten Bruno Leuschner (1910-1965), stellte den Kern des Atomenergieprogrammes der DDR dar. Eigens „zur Sicherung“ dieses Vorhabens gab es auf dem Kraftwerksgelände eine „OD im KKW“. Die „Objektdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Kernkraftwerk“ hatte im Jahre 1989 23 hauptamtliche Mitarbeiter, unterstand direkt der Abteilung XVIII (Wirtschaft) der Bezirksverwaltung Rostock und war mit Kameras und von Hunden und von einem Trupp der Staatssicherheit bewacht. Am 5. Dezember 1989 wurden die Räume von Bürgerrechtlern besetzt, die Überwachungsakten wurden zugänglich gemacht. Einer kritischen Bestandsaufnahme der DDR-Atomwirtschaft stand nichts mehr im Weg.

Obwohl in den letzten Jahren eine Vielzahl an interdisziplinärer Literatur, Filme und Dokumentationen zu den achtziger Jahren in der DDR entstanden ist, wird dem wirtschaftlichen Niedergang der DDR als Moment der Selbstauflösung des Systems weit weniger Raum eingeräumt<sup>2</sup> als dem Unterdrückungsapparat der DDR. Auch von den in der „Gauck-Behörde“ (Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik / BStU) aufbewahrten Informationen der Stasi erregen die Akten der Abteilung XX (Überwachung), die Spitzelberichte und die Zeugnisse erlittenen Unrechts, weit größere Aufmerksamkeit als die schwer zugänglichen Berichte der Abteilung zur sogenannten „Sicherung der Volkswirtschaft“: Abteilung XVIII.<sup>3</sup>

Vorliegende Fallstudie, motiviert nach 1994 durch die Arbeit an mehreren Fernsehbeiträgen über die Hinterlassenschaften der Atomwirtschaft in der ehemaligen DDR und in Osteuropa, dokumentiert den Beitrag des DDR-Atomenergieprogramms an der Krise des damaligen staatssozialistischen Systems.

Demnach hatte die Nichtbewältigung der Energieprobleme in der zweiten Hälfte der

<sup>2</sup> Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, „Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR,“ *Deutschland Archiv* 28 (Juni 1995): 588-602; Hans-Hermann Hertle, „Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft: Das Scheitern der ‘Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik’ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988,“ *Deutschland Archiv* 25 (Februar 1992): 127-145.

<sup>3</sup> Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik, *Zweiter Tätigkeitsbericht* (Berlin: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik, 1995); Franz-Otto Gilles, Hans-Hermann Hertle, „Sicherung der Volkswirtschaft: Struktur und Tätigkeit der ‘Linie XVIII’ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR: dargestellt am Beispiel der Objektdienststellen in der Chemieindustrie,“ *Deutschland Archiv* 29 (Januar 1996): 48-57.

achtziger Jahre eine weitreichende gesellschaftspolitische Dimension. Milliarden Ostmark und Valuta mußten für die ineffektiven DDR-Kraftwerke aufgewendet werden, ohne daß auch nur eine Stabilisierung der Elektroenergieversorgung von Wirtschaft und privaten Haushalten in den achtziger Jahren gewährleistet werden konnte. Versorgungskrisen bei den Brennstoffen und Havarien an den technisch veralteten Anlagen verschärften die Situation zum Ende der achtziger Jahre zunehmend. Die rasante Umweltzerstörung und Gesundheitsgefährdung insbesondere in den Südbezirken der DDR war eine direkte Folge der Braunkohlenwirtschaft. An dieser mußte wegen des Scheiterns des Atomprogrammes auch in den achtziger Jahren festgehalten werden. Welchen Einfluß diese Momente auf die politische Willensbildung der Ostdeutschen hatten, auf *Ausreise oder Bleiben oder Widerstand*, kann hier nicht hinreichend untersucht werden. Zumindest macht die Energiekrise deutlich, wie die Entscheidungsträger in der DDR-Führung nicht in der Lage waren, dieses weltweit vergleichbar auftretende wirtschaftliche Problem zu analysieren und wirksame Wege zum Krisenmanagement zu ebnen. Die politische Lähmung der DDR stand demnach also der wirtschaftlichen keineswegs nach<sup>4</sup>

### 1. Zu den Voraussetzungen des Kernenergieprogramms der DDR

Etwa 100.000 Mitarbeiter der DDR-Staatswirtschaft, in Forschung, Lehre und Staatssicherheit sollten ein in den sechziger Jahren aufgelegtes Kernenergieprogramm verwirklichen, von dem sich die SED-Führung letztlich die Lösung aller Wirtschaftsprobleme erhoffte.<sup>5</sup>

So beschreibt die Geschichte der Kernenergienutzung in der DDR auch die Geschichte der Fortschrittshoffnungen auf der östlichen Seite des kalten Krieges.

Neben den Hoffnungen auf die Lösung des Energieproblems im vorgestellten Zusammenspiel von „technischem und gesellschaftlichem Fortschritt“, war die Nutzung der damaligen Hochtechnologie Atom geradezu eine Vision.<sup>6</sup> :

„Der ständig steigende Energiebedarf muß in absehbarer Zeit immer mehr durch Kernenergie gedeckt werden, weil die Vorräte an Kohle nicht unerschöpflich sind

<sup>4</sup> Die Idee der technisch gesicherten „sozialen Planung der menschlichen Gesellschaft“ wurde frühzeitig in die politische Theorie des Marxismus europäischer Prägung importiert. Was in der Rassentheorie zur sozialen Auslese gerierte, gerann später im sowjetischen Machtbereich zu den Machtritualen der Seherkaste „Nomenklatura“. Siehe Michael Hänel, (Abschnitt *Der soziale Optimismus als Evolutionsprinzip der Menschheit*) *Deborin und die Institutionalisierung der Sowjetphilosophie (1904-1924) - Quellenstudie für eine künftige Forschung*. (Diss., Universität Leipzig, 1994). Zum Konzept des autoritären Ständestaates siehe Franz Neumann [1936], *Die Herrschaft des Gesetzes, Übersetzt und mit einem Vorwort von Alfons Söllner* (Frankfurt: Suhrkamp, 1980), 354-360; Alexander Cipko, *Osvobodit'sja ot illjuzij [Befreit von den Illusionen]*, *Nedelja*, no. 8 (Moskva: Nauka, 1991), 5.

<sup>5</sup> Einen ersten Zugang bieten die vorliegenden Hefte [Joachim Kahlert], *Die Energiepolitik der DDR: Mängelverwaltung zwischen Kernkraft und Braunkohle*, Die DDR: Realitäten-Argumente, Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1988); Wolfgang Horlamus, *Die Kernenergiewirtschaft der DDR: Von ihren Anfängen bis zur Abschaltung der Reaktoren im Kernkraftwerk Nord*, hefte zur ddr-geschichte, no. 17 (Berlin: Gesellschaftswissenschaftliches Forum, 1994).

<sup>6</sup> Einen deutlichen Ausdruck fanden diese technischen Sozialutopien in den zeitgenössischen DEFA-Filmen. Siehe Klaus Alde (Buch und Regie), *Atomreaktor*, 35mm, 35 min (Berlin: DEFA, 1959). Siehe auch die DEFA-Wochenschauen *Augenzeuge*, no. 24/57/1, 4/74/1, 94/57/1, 4/75/5, 22/66/6, 47/57/3.

und außerdem die Verwendung von Kohle als Chemierohstoff volkswirtschaftlich günstiger ist.“ (1960)<sup>7</sup>

„Die friedliche Anwendung der Atomenergie eröffnet dem gesellschaftlichen und technischen Fortschritt der Menschheit gewaltige Perspektiven. Sie ist notwendig für die rasche Entfaltung des sozialistischen Aufbaus.“(1962)<sup>8</sup>

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR hatte bereits am 28. Februar 1956 die künftige Atomforschung zum sicherheitsrelevanten Bereich erklärt und Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit als sogenannte „Stellvertreter für Kader und Sicherheit“ in der Atomwirtschaft eingesetzt, die die Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern zu regeln hatten.<sup>9</sup> Eine weitere früherer Stasi -Bericht zur Auswertung von international vorliegenden technischen Informationen vom November 1956 zeigt die Verknüpfung von DDR-Verwaltung und Staatssicherheit bereits in den fünfziger Jahren:

„2. Die Auswertungsgruppe untersteht in Anleitung und Kontrolle direkt dem Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik. Dieser wird in Fragen der Kontrolle durch seinen Stellvertreter für Kader und Sicherheit unterstützt...

„Der Verantwortliche dieser Auswertungsgruppe muß Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit sein.“<sup>10</sup>

So entgingen der Staatssicherheit auch Anfang der sechziger Jahre die Vorstöße führender Atomforscher nicht, die einen Ausbau der Kernenergie forderten, während die sowjetischen Offiziellen im Laufe des Jahres 1959 die volkswirtschaftlichen Risiken für die DDR deutlich machten. Offenbar war es keineswegs unumstritten, in der DDR-Energiewirtschaft in entscheidendem Maße auf Kernenergie zu setzen. In einem MfS-Bericht über eine Planungskonferenz zum Problem des Baues sowjetisch-konstruierter Kernkraftwerke in der DDR wurde festgehalten, daß es ein Risiko sei, von unzureichenden Unterlagen zum Design sowjetischer Kernkraftwerke abhängig zu werden.<sup>11</sup> Beim Bau der Greifswalder Reaktoren stellte sich in den siebziger und achtziger Jahren heraus, daß die Baukosten allein durch die ständige Abstimmung mit der russischen Seite enorm angestiegen waren und die notwendigen Projektänderungen (beim Block 5 waren es bis 1989 50.000!) ein zusätzliches Sicherheitsrisiko darstellten.

<sup>7</sup> „Fünf Jahre Kernforschung und Kerntechnik in der DDR,“ *Kernenergie: Zeitschrift für Kernforschung und Kerntechnik* 3, no. 10/11 (1960): 935.

<sup>8</sup> „Gesetz über die Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik: Atomenergiegesetz,“ *Gesetzblatt der DDR: Teil 1*, (1962): 47. Zitiert auch in Werner Bischof, „Das Atomenergiegesetz der DDR vom 8. Dezember 1983,“ *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 34, no. 7 (1984): 537.

<sup>9</sup> MfS, Büro des Ministers, Geheime Verschlusssachen 856/57 und 528/56, *Aufgaben der Stellvertreter für Kader und Sicherheit im Bereich des Amtes für Technik und des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik*, BStU.

<sup>10</sup> MfS, Büro des Ministers, Geheime Verschlusssache vom 28. 11. 1956, *Richtlinie für die Arbeit der Gruppe zur Auswertung von wissenschaftlich-technischem Material im Amt für Kernforschung und Kerntechnik*, BStU.

<sup>11</sup> MfS, Erich Mielke, Schreiben an Ulbricht, Leuschner, Mewis, Apel vom 19. 11. 1961, *Bericht über einige Probleme des Verhaltens führender Wissenschaftler der Kommission Kernenergie zum weiteren Ausbau des Atomkraftwerkes I Rheinsberg*, BStU Z 520.

### Atomkraftwerke in der DDR: Kosten und politische Motivation

Die Rückkehr einiger deutscher Atompioniere aus der Sowjetunion und die Entlassung des Atomspions Klaus Fuchs, 1959 in die DDR, brachte die Gruppe innerhalb der DDR-Planungsbürokratie voran, die den Aufbau einer DDR-Atomwirtschaft betrieb. Nach einer Erprobungsphase mit russischen Forschungsreaktoren in Rossendorf bei Dresden (ab 1956) und im mecklenburgischen Rheinsberg (ab 1966)<sup>12</sup> ging der erste Block des Kernkraftwerkes Greifswald im Dezember 1973 in Betrieb. Die anderen Blöcke folgten 1974, 1978 und 1979.<sup>13</sup>

Damit nahm die DDR im Jahr 1980 beim Anteil der Energieerzeugung durch Kernkraftwerke noch vor Japan Platz 3 (nach Frankreich und der Bundesrepublik) ein. Mit den zwischen 1973 und 1979 in Betrieb gegangenen 4 Druckwasserreaktoren der sowjetischen Baureihe WWER 440-230<sup>14</sup> (Greifswald 1-4) machte die Kernenergie 12,1 % der Energieerzeugung aus (im Vergleich dazu: 1989 nur noch Platz 7 mit 10,3 %).

In den siebziger Jahren gab es im Zuge der vielfach beschriebenen sogenannten „Politik der Hauptaufgabe“ eine verstärkte Hinwendung zur Sozialpolitik. Ziel war, mit dem Bau von staatlich subventionierten Wohnungen, mit Lohnerhöhungen, stärkerer Produktion oder dem Import von Konsumgütern und einem Entwicklungsprogramm für Ostberlin, die systemimmanenten Motivationsmängel durch den Anreiz der Konsumtion unter Einsatz eines großen Teil des Nationaleinkommens aufzuheben.<sup>15</sup> In den ökonomisch schwierigeren achtziger Jahren wurden die sozialpolitischen Programme aus politischen Gründen beibehalten; eine stetige Aufzehrung des Kapitalstockes war die Folge. Dazu kam der aus der Wirtschaftskrise der späten Breschnew-Zeit resultierende Abbruch der umfangreichen Wirtschaftshilfe der Sowjetunion für die DDR. Die in den Jahren 1979 bis 1982 vorgenommene Kürzung der Erdölimporte mußte in der DDR mit dem Programm der Umstellung von Erdöl auf Braunkohle (Klaus Werner errechnete die Kosten allein dieser Umstellung auf 12 Mrd. Mark<sup>16</sup>) beantwortet werden.<sup>17</sup>

<sup>12</sup> Wolfgang Horlamus, *Die Kernenergiewirtschaft der DDR: Von ihren Anfängen bis zur Abschaltung der Reaktoren im Kernkraftwerk Nord*, hefte zur ddr-geschichte, no. 17 (Berlin: Gesellschaftswissenschaftliches Forum, 1994) 24-41.

<sup>13</sup> Siehe den Überblick über die Visionen der DDR-Atomwirtschaft (Mitte der siebziger Jahre) in Dieter Herrmann, Rudi Rockstroh, „Untersuchung von Problemen einer langfristigen optimalen Entwicklung der Kernenergie in der DDR“ (Dr.rer.oec., Dr.rer.nat., Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, 1977). Die Arbeit war, wie viele Arbeiten aus dem Bereich des Atomprogramms, als „Vertrauliche Dienstsache“ nicht einmal innerhalb der DDR frei zugänglich.

<sup>14</sup> Für einen Überblick über Reaktortyp, Design und Sicherheitsprobleme bei den WWER-Reaktoren siehe *The Virtual Nuclear Tourist: Nuclear Power Plants* <http://www.cannon.net/~gonyeau/nuclear/vver440a.html>; Friedrich-Wilhelm Heuser, Rolf Janke, Peter Kelm, „Sicherheitsbeurteilung von Kernkraftwerken mit WWER-Reaktoren,“ *atomwirtschaft*, (Juni 1993): 426-436.

<sup>15</sup> Einen bildreichen Eindruck vom geteilten Berlin am Beginn der achtziger Jahre noch immer in Peter Schneider, „Aufgegebenes Gelände,“ und Hans W. Mende, „Immer an der Wand lang,“ *Freibeuter. Vierteljahresschrift für Kultur und Politik*, no. 8 (Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 1981): 55-67.

<sup>16</sup> Klaus Werner, „Die Lage der DDR-Wirtschaft am Vorabend der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion,“ Herausforderung Ostdeutschland: Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Rüdiger Pohl, Hrsg. (Halle/S.: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 1995), 41.

<sup>17</sup> Siehe ausführlich zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der DDR Jörg Roesler, „Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR-Bundesrepublik,“ *Deutschland Archiv* 26 (Mai 1993): 561-562; [Joachim Kahlert], *Die Energiepolitik der DDR: Mängelverwaltung zwischen Kernkraft und Braunkohle*, Die DDR:

Das Ausbleiben der bereits fest eingeplanten Kraftwerkskapazitäten verschärfte die beständige Energiekrise. Die Folge waren eine ständig sinkende Produktivität in allen Bereichen und eine beispiellose Umweltzerstörung vor allem in den Südbezirken der DDR.<sup>18</sup> Letztere war für die Energieplanungsexperten dann wieder Anlaß, in einem Umstieg von „schmutziger“ Braunkohle auf „saubere“ Kernenergie die Lösung zu suchen. Bis zum Jahr 2000, so ein Bericht des Leipziger „Institut für Energetik“ (Autoren waren Dietmar Ufer und Heinz Domagala) aus dem Jahr 1984, sollte Kohle in den Ballungsräumen Halle und Leipzig in entscheidenden Größenordnungen durch Kernheizwerke ersetzt werden: Kernheizwerk (KHW) Leuna, Buna, Lippendorf ab 1995; ab 2000 das KKW Delitzsch.<sup>19</sup>

### **Bestandsaufnahme 1987**

Mit den sowjetischen Lieferschwierigkeiten kam es auch zu Verzögerungen beim Bau der Atommeiler in Greifswald: Blöcke 5-8 (Baubeginn 1980) und Stendal (Baubeginn 1983). Von 1979 bis 1989 wurde kein einziger weiterer im Bau befindlicher Reaktor ans Netz genommen. Trotz aller Verzögerungen wurde der Bau aber bis 1990 nicht gestoppt, die Hoffnungen auf die Kernkraft blieben.<sup>20</sup>

So wurde das Kernkraftprogramm zu einer tödlichen Spirale für die DDR Wirtschaft. Das Programm verschlang immer mehr Geld, ohne einen meßbaren Nutzen hervorzubringen. Klaus Werner errechnete, daß die zentral verwaltete DDR-Wirtschaft Milliarden (22 Mrd. Mark für das Kernenergieprogramm) mit geringer Effektivität in einzelne Grundstoffindustrien pumpte, um dort möglichst schnell, und ohne Einbeziehung der Fernwirkungen, Effekte zu erzielen. Der Investitionsbedarf wuchs aber für die noch immer dominierende Braunkohlenförderung bei subventionierten Energiepreisen von 1980 bis 1988 um 42 %.<sup>21</sup> Dazu kam die Explosion der Weltmarktpreise für Energieträger, die die energetische Basis der DDR immer störungsanfälliger machte.

Die Aufwendungen für das laufende Atomprogramm, mit enormen Folgekosten in den Bereichen Bildung und Soziales, überforderten den DDR-Staat zunehmend finanziell, organisatorisch und auch technisch. Die Agonie dieser Bereiche in DDR-Staat und Gesellschaft verzögerten rückwirkend das Kernenergieprogramm ab Anfang der achtziger Jahre. Eine Aufstellung von Planungschef Gerhard Schürer (Leiter der Staatlichen

Realitäten-Argumente, Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1988): 29-32.

<sup>18</sup> Siehe dazu ausführlich Klaus Werner, „Die Lage der DDR-Wirtschaft am Vorabend der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion,“ in Herausforderung Ostdeutschland: Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Rüdiger Pohl, Hrsg. (Halle/S.: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 1995), 35-51.

<sup>19</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO Bundesarchiv), DC-20 PM 17. 9. 84 02-149/I.45/84 Anl.SS.

<sup>20</sup> Ob es tatsächlich, weit über die Bürokratie hinaus, einen Konsens: „saubere Energie aus Atom, statt Braunkohlenverstromung“ gab, diese Aussage läßt das vorliegenden Quellenmaterial nicht zu. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Forderung nach dem Ausstieg aus dem Atomprogramm nicht im Vordergrund der demokratischen Forderungen vom Winter 1989 standen, am „Runden Tisch“ nachgerade ein Konsens mit den Kraftwerksbetreibern gesucht wurde. Siehe [Demokratischer Aufbruch] „Wir sind DA-sozial, ökologisch: Leipziger Programm,“ *Leipziger Volkszeitung*, 16./17. Dezember 1989, 12-13; „Jenseits der Grenze des blinden Vertrauens,“ *Die Leipziger Andere Zeitung*, 22. Februar 1990, 6; Interview mit Sebastian Pflugbeil am 28. Februar 1995 in Berlin.

<sup>21</sup> Klaus Werner, „Die Lage der DDR-Wirtschaft am Vorabend der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion,“ in Herausforderung Ostdeutschland: Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Rüdiger Pohl, Hrsg. (Halle/S.: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 1995), 41.

Plankommission beim Ministerrat der DDR und Kandidat des Politbüros des ZK der SED) zur „Konzeption der langfristigen stabilen Gewährleistung der Elektroenergieversorgung bis 1990 und darüber hinaus“ (Politbüro-Sitzung am 30. Juni 1987) schildert die Aufwandsentwicklung, d.h. die Explosion der Kosten, beim Kernkraftwerksbau am Investitionsaufwand pro Megawatt (MW) Stromerzeugung:

„1,8 Mio. Mark (1970) Braunkohlekraftwerke/210MW Typ
3,2 Mio. Mark (1986) Braunkohlekraftwerke/500 MW Typ
-----
2,2 Mio. Mark (1975) Kernkraftwerk Greifswald Block 1-4
7,0 Mio. Mark (1987) Kernkraftwerk Greifswald Block 5-8
7,1 Mio. Mark (1991prognostiziert) Kernkraftwerk Stendal“ <sup>22</sup> .

Dennoch wurde von Schürer festgestellt, daß der Aufwand pro Megawatt Stromerzeugung bei Braunkohlenkraftwerken (inklusive Tagebauerschließung und Umweltschutzmaßnahmen) 15-20% über denen für Kernkraftwerke liege, die Kernkraft also weiter eine erstrebenswerte Alternative darstelle. Nach den Berechnungen der Staatlichen Plankommission vom Sommer 1987 würden die weitere Errichtung der Reaktorblöcke Greifswald 5-8 (ohne Bauleistung, Ausbildungs- und Infrastrukturkosten) 1,23 Mrd. Mark (M), die Blöcke 1-2 in Stendal 1,4 Mrd. M und die auf der gleichen Sitzung beschlossene Neuerrichtung von 2500 MW auf Kohle-und Gasbasis würden 8 Mrd. M kosten.

Berücksichtigt man, daß in dieser Rechnung die sozialen Folgekosten der bereits vorhandenen Umweltzerstörung nicht eingerechnet sind, wird deutlich, wie kostenintensiv in der DDR Strom produziert wurde.

Deutlich wird an dieser Berechnung auch, daß die DDR das Atomprogramm auf keinen Fall hätte einstellen können, sondern geradezu von den dessen Vorankommen abhängig war. Die Planungs- und Entscheidungsmechanismen standen diesem ehrgeizigen Vorhaben jedoch geradezu entgegen.

## 2. Produktionsideologie, Innovationsträgheit, Krisenmanagement

Seit Anfang der achtziger Jahre wurde im Westen über die mangelnde Investitionsbereitschaft im System der kollektiven Verantwortungslosigkeit der DDR berichtet.<sup>23</sup> Harry Maier hat 1993, seine Studie von 1987 „Innovation oder Stagnation“

<sup>22</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. 6. 1987, SAPMO Bundesarchiv, DY 30/J IV2/2, 2227, Anlage 4, 1. Bereits ein Jahr später, auf der Sitzung des Politbüros vom 23. 8. 1988, wurde bereits von 7, 5 Mio. Mark pro MW in Stendal ausgegangen, was eine Kostensteigerung pro Reaktor um 400 Mio. Mark pro Jahr bedeutete.

<sup>23</sup> Zur Psychologie von Geführten und Führungslosen in „Produktion“ und Gesellschaft in der DDR-*Agogie-Zeit* der Jahre 1985 bis 1988 noch immer am treffendsten der oral history Bericht Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung: Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, 30 biographische Eröffnungen*, ( Berlin: Rowohlt Berlin, 1991).



fortführend, den Mechanismus der Innovationsträgheit beschrieben, wonach sich die Produktionseinheiten selbst radikalen Innovationen, die der zentralistischen Struktur folgend „von oben“ festgelegt werden, bei Strafe ihres Unterganges zu erwehren hatten.

„Im Gegensatz zu den Vorstellungen vom Marx und Schumpeter, daß es mit Hilfe der zentralen Planung leichter sein würde, Basisinnovationen durchzusetzen, scheuten die sozialistischen Planungseinheiten radikale Innovationen..., weil radikale Innovationen sehr riskant und im Falle eines Fehlschlages schmerzhaft Sanktionen der Zentrale zu erwarten waren; zum anderen, weil im Falle eines Erfolgs sprunghafte Effektivitätssteigerungen möglich wurden, die im nächsten Jahr nur schwer wiederholt werden könnten.“<sup>24</sup>

Der intellektuelle - und der Verwaltungsaufwand steigerten sich demnach mit jeder Veränderung des Produktionssortiments. Während nach dem Modell totalitärer Herrschaft die Manager im System der Wirtschaftskontrolle nur Befehlsempfänger der Zentrale sein dürften, steht die DDR Wirtschaft in den achtziger Jahren geradezu für die Umkehrung. Die Betriebsmanager waren, schon allein um ihre unmittelbare Karriere zu sichern, zu Widerstand gegenüber allzu radikalen Veränderungswünschen der Zentrale gezwungen, wohl wissend, daß die Besetzung von untergeordneten Entscheidungspositionen in den Wirtschaftseinheiten in der DDR der achtziger Jahre praktisch unabhängig von der planenden Zentrale entschieden wurde. Wie auch in anderen bürokratischen Systemen stand zudem nicht das Produkt am Zielpunkt, sondern das reibungslose Funktionieren desselben. Die zentrale Planwirtschaft versagte dabei nach Harry Maier am Innovationsproblem generell.<sup>25</sup>

### **Innovation und Reform?**

Außerdem war die Denkfigur „Innovation“ auch politisch nicht zu begründen. Ideologisch stand die SED- Führung weitab von innenpolitischen Reformen. Sie war eine Nomenklatura im Sinne der Sowjetunion der dreißiger Jahre, kein Zweckbündnis von Technokraten, die jeweilige partikuläre Mächte in der Zentrale vertreten. Die Macht der Nomenklatura wird ideologisch gesichert, indem ein Grundbestand an „wahren“ Sätzen nicht hintergangen werden durfte.<sup>26</sup> Was bei Abweichungen von dieser Norm unter Umständen für die DDR-Bewohner strafrechtliche Folgen hatte, wurde im strafrechtlich „freien Raum“ der Führungszirkel auch in den achtziger Jahren nach den Mechanismen des totalitärer Führung gehandhabt: nämlich mit der Drohung des Ausschlusses aus der Führungsgemeinde. Noch 1984 wurde auf diese Weise das für die Westarbeit zuständige Politbüro-Mitglied Herbert Häber abgesetzt. Außerdem konnte, bei einem vom Westen zugänglichen Informationsfluß, nicht was gestern richtig war, heute falsch sein. Personell

<sup>24</sup> Harry Maier, „Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR-Ursachen und Folgen,“ *Deutschland Archiv* 26 (Juli 1993): 808.

<sup>25</sup> Harry Maier, „Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR-Ursachen und Folgen,“ *Deutschland Archiv* 26 (Juli 1993): 812.

<sup>26</sup> Die Literatur zu diesem Problemfeld ist Legion. Siehe die Literaturzusammenstellung zur Soziologie des stalinistischen Aufsteigers (vydvizenec) Michael Hänel, (Abschnitt *Fallstudie zur 'Offensive an der theoretischen Front' - Materialbeitrag zur Vorgeschichte der Stalinisierung der Sowjetphilosophie im Jahre 1930) Deborin und die Institutionalisierung der Sowjetphilosophie (1904-1924) - Quellenstudie für eine künftige Forschung.* (Diss., Universität Leipzig, 1994).

und inhaltlich waren Reformen, auch zur Modernisierung des bestehenden Systems, politisch nicht zu begründen.

So blieben Reformvorschläge, die keineswegs auf eine Auflösung der DDR zielten, ungehört. Reformprojekte, Ansätze zu einer radikal verändernden Wirtschaftspolitik hatten keine Chance zur Diskussion. Diese hätte im Politbüro stattfinden müssen. Bezüglich der hier zu behandelnden Atomwirtschaft ist es dazu nie gekommen. Ein Beispiel aus dem Bereich der Atomwirtschaft verdeutlicht dies.

Eine „Eingabe“<sup>27</sup> einer ganzen Arbeitsgruppe (Schicht) am Neubau der Greifswalder Reaktoren 5-8 im Oktober 1988 löste im ZK (Zentralkomitee der SED) -Apparat eine beispiellos gereizte Reaktion aus. In einem, aus heutiger Sicht, im moderaten Stil gehaltene und auf Konsens formulierten Brief, forderten 47 Mitarbeiter des KKW Greifswald (davon 21 SED-Mitglieder) den Staatsrat der DDR zu einer realistischen und nachprüfaren Wirtschaftspolitik auf. Noch im Herbst 1988 war es für politische Beobachter in der DDR und auch in der Bundesrepublik äußerst schwierig, sich ein deutliches Bild vom Zustand der DDR-Wirtschaft zu machen. Die DDR-Propaganda lieferte weiterhin Erfolgsmeldungen, während intern in Einzelfragen das Scheitern der „Politik der Hauptaufgabe“ bereits eingeräumt wurde. Die „Eingabe“ beklagte das Missmanagement beim Bau der Greifswalder Reaktoren ebenso wie die überzogene Subventionspolitik, zunehmende Korruption und eine ungerechte Teilung der Gesellschaft durch die schleichende Einführung der D-Mark als zweiter Währung. So endete der Brief der 47 Kernkraftwerker mit den Sätzen:

„Wir wissen, daß wir an einem Brennpunkt unserer Volkswirtschaft arbeiten und sind bereit, mit hohen Leistungen unseren konkreten Beitrag zu leisten. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist jedoch die vollständige ideologische Klarheit. Uns interessiert dabei vor allem, welche Auffassungen von zentraler staatlicher Seite herzu bestehen und auf welchem Wege diese Probleme gelöst werden sollen.“<sup>28</sup>

Wütend reagierte der Parteiapparat, vor allem der zuständige Abteilungsleiter für Grundstoffindustrie im ZK der SED, Horst Wambutt, auf dieses Diskussionsangebot. Der

<sup>27</sup> Eine „Eingabe“ war ein im DDR-Recht zugelassenes (Eingabengesetz, Verfassung der DDR) und sozial als wirksam anerkanntes Petitionsverfahren, mittels welchem Probleme von DDR-Bewohnern direkt zum Staatsrat (Vorsitzender: Erich Honecker), zur Volkskammer (Präsident: Horst Sindermann), aber auch an andere „Volksvertretungen, staatliche Organe, Betriebe und Einrichtungen“ vorzubringen waren. Siehe „Eingaben an die richtige Adresse: Interview mit Erich Bock, Leiter der Abteilung Eingaben im Komitee der Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) der DDR“, *wochenpost*, no. 29, 1988: 3.

<sup>28</sup> *Eingabe des Kollektives der Schicht A, Block 5 bis 8, des VE Kombinat Kernkraftwerke, Stammbetrieb Greifswald, an den Staatsrat der DDR vom 27. Oktober 1988*, „Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald,“ [Untersuchungsausschuß der Stadt Greifswald, Bericht über die Sichtung der Unterlagen der Grundorganisationsleitung der SED auf der Großbaustelle des KKW Nord und der Leitung der Betriebsparteiorganisation im Stammbetrieb des VE Kombinat KKW „Bruno Leuschner“ Greifswald] Greifswald, 28. Februar 1990, 160-161.

Es wäre wohl verkürzt, hier von der in der Eingabe verwandten Sprache auf die Unterwerfungsbereitschaft der Briefeschreiber unter den Partei- und Staatsapparat zu schließen. Vielmehr handelt es sich hier um ein DDR-Beispiel zweier aus der Perestrojka-Diskussion stammender Ideen, nämlich die Idee vom „sozialistischen Rechtsstaat“ und nach der Forderung faktenorientierter Information (Glasnost’).

Brief bedeute die Schaffung einer „Plattform gegnerischer Auffassungen in der SED, die gegen die gute Politik der Partei gerichtet“ sei, so Wambutt auf einer Funktionärstagung in Greifswald am 7. 12. 1988. Dies war genau die Wortwahl des Vorwurfes seitens des Sicherheitsapparates („Plattform“), welche Mitte der 30er Jahre Millionen Mitglieder der Kommunistischen Partei in Stalins Lager oder vor die Erschießungskommandos der „Jeschowschtschina“ gebracht hatte. Honecker selbst wütete auf einer Politbüro-Sitzung am 22. November 1988: „Es ist der Versuch unternommen worden, einen Stoß gegen die Partei und die Regierung zu führen. Die SU-Absolventen [Mitarbeiter im KKW Greifswald, die in der Sowjetunion studiert hatten] waren die treibenden Kräfte. Wenn diese Perestroika machen wollen, dann sollen sie woanders hingehen, aber nicht bei uns und schon gar nicht im KKW.“<sup>29</sup> Eine *Information* des Politbüros des ZK der SED handelte die formal-rechtlich völlig korrekte „Eingabe“ im Stile der stalinistischen Propaganda ab:

„Das Kollektiv der Schicht A, Block 5 bis 8...hat in seiner Eingabe an den Staatsrat der DDR vom 27. Oktober 1988 Forderungen zur Korrektur des bewährten Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gestellt, die sich gegen die Generallinie der Partei richten und einer Plattform gleichkommen. Die erfolgreiche Bilanz der DDR wird in Zweifel gestellt. Gefordert wird eine Korrektur der Subventionspolitik, zum Beispiel für Kinderbekleidung, Grundnahrungsmittel und Wohnungsmiete...Gefordert wird, daß die Massenmedien der DDR mehr über Unzulänglichkeiten berichten... Die Verwirklichung ihrer Führungsrolle sahen die Genossen dieser Abteilungsparteiorganisation nicht darin, den Parteilosen mit politisch klarer Haltung voranzugehen und sie von der Richtigkeit unserer Politik anhand der Beschlüsse des XI. Parteitages und der erfolgreichen Bilanz zu überzeugen, als oftmals sich mit auftretenden Auffassungen zu identifizieren.“<sup>30</sup>

---

<sup>29</sup> „Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald,“ [Untersuchungsausschuß der Stadt Greifswald, Bericht über die Sichtung der Unterlagen der Grundorganisationsleitung der SED auf der Großbaustelle des KKW Nord und der Leitung der Betriebsparteiorganisation im Stammbetrieb des VE Kombinat KKW „Bruno Leuschner“ Greifswald], Greifswald, 28. Februar 1990, 162. Bekanntlich wurden die gesellschaftspolitischen Perestroika-Diskussionen in der DDR-Intelligentsia intensiv verfolgt. Die SED-Führung, insbesondere die zuständigen ZK-Sekretäre Joachim Herrmann und Kurt Hager, hatten beim überstürzten Verbot der deutschsprachigen (!) Zeitschrift *SPUTNIK* im Herbst 1988, die weiter frei zugänglich und die Perestroika weit besser referierenden Zeitschriften *Literaturnaja Gazeta*, *Argumenty i fakty* und *Moskovskie novosti* offenbar „übersehen“. Außerdem ist die gewählte Sprache dieser Eingabe ein exemplarischer Fall von „Deutsch als Fremdsprache“, d. h. die Briefeschreiber benutzten die Sprache der Machthaber, deren stoffliche Seite sie sich nur vorstellen konnten, in der Absicht, verstanden werden zu können. Lutz Niethammer beschrieb seine Erfahrungen aus dem Jahr 1987 in der DDR, m. E. außerordentlich treffend: „Wichtiger war, daß die Menschen in der DDR viel versierter darin waren, mehrere deutsche Sprachen zu sprechen, in der einen aus der anderen zu zitieren oder auf sie anzuspähen: die Umgangssprache..., die offizielle Begriffssprache (Kaderwelsch), zuweilen in ironischen oder verballhornten Formen, und die Sprache des Westfernsehens“; Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung: Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, 30 biographische Eröffnungen*, ( Berlin: Rowohlt Berlin, 1991), 40-43.

<sup>30</sup> *Information über die Bearbeitung der Eingabe des Kollektives der Schicht A, Block 5 bis 8, des VE Kombinat „Bruno Leuschner“, Stammbetrieb Greifswald, vom 27. Oktober 1988 an den Staatsrat der DDR, Anhang zum Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. November 1988, Ministerrat der DDR, Protokoll der 80. Sitzung des Ministerrates am 30. November 1988, Bundesarchiv Potsdam, DC-20, MR 18. 2. 88 01-55/8a/88 Anl. 8a.*

Auch die Veröffentlichung des Briefes im *SPIEGEL* stürzte den ZK-Apparat in Panik. Seine (selbstgestellte) Aufgabe, die Organisation der zentralen Planung sämtlicher Bereiche in Staat und Gesellschaft, der DDR-Volkswirtschaft und der militärischen Verteidigung der DDR entglitt ihm von Jahr zu Jahr mehr.

Noch konnte sich der ZK-Apparat bei seiner Verurteilung jeglicher Reformvorschläge auf eine spezielle DDR-Form der „Sozialpartnerschaft“ zwischen Industriearbeitern, Lehrern und Offizieren der sogenannten „bewaffneten Organe“ mit der Bürokratie stützen, die im Mythos der „Arbeiterregierung“ in jeglichen Veränderungen der Wirtschaftsform und der Formen von Öffentlichkeit den Verlust ihrer Privilegien befürchteten: zurecht, wie die rasante Entbürokratisierung von November 1989 bis März 1990 und der soziale Absturz der Industriearbeiterschaft/Ost ab 1991 bewiesen.

Dieser Stabilitätsfaktor der DDR löste sich erst im Dezember 1989 auf, als Industriearbeiter medienwirksam auf der Leipziger Montagsdemonstrationen ihre Forderung nach Auflösung der DDR („Wir sind ein Volk!“) zu artikulieren bereit waren. Ideologisch und wirtschaftlich festgefahren, war das DDR-System ab 1987 nicht mehr in der Lage war, einen bloßem Zugewinn an Elektroenergie zu organisieren und zu produzieren. Die Energiewirtschaft war der erste Industriezweig, der bei aller exzessiven Verschwendung von Ressourcen, keinen Zuwachs an Effektivität mehr erreichte. Die systemimmanenten Steuerungsträge ließen die DDR in eine eigenproduzierte Energiekrise geraten, die mit den vorhandenen technischen nicht zu beheben war.

### 3. Kernenergie in den 80er Jahren: Der kalte Winter des Jahres 1985

„Wer sind die vier Hauptfeinde des Sozialismus?“, flüsterte 1985 ein populärer Witz. Antwort: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Der Herbst 1989 war einer der wärmsten des Jahrhunderts. Die vorangegangenen Jahre, die Winter ab 1984, waren nicht nur politisch eisig. Der Januar 1985 war der kälteste Januar der vorangegangenen 25 Jahre, fast der kälteste seit Kriegsende. Wochenlang blieben die Temperaturen bei Minus 20 Grad, Havarien in den eingefrorenen Braunkohlentagebauen der DDR und im Großkraftwerk Boxberg ließen die Stromproduktion dramatisch sinken. Ungeheizte Eisenbahnen, geschlossene Schulen und öffentliche Gebäude zeigten in der DDR die Energiekrise an. Und die Winter 1986 und 1987 wurden noch kälter.

Am 9. September 1986 zitierte Fritz Preuss in der *WELT* einen Betriebsleiter aus Jena: „Wir haben bereits Notpläne für den kommenden Winter erhalten. Unterhalb Temperaturen von sieben Grad minus müssen energie-intensive Betriebe ihre Produktion einstellen oder zurückfahren und auf die Wochenenden ausweichen.“<sup>31</sup>

Es sollte schlimmer kommen: -7 Grad war exakt die Durchschnittstemperatur des Januar 1987.

#### Krisensitzung Juni 1987

Am 30. Juni 1987 kam das Politbüro zur Energiekrisensitzung zusammen. Neben dem

<sup>31</sup> Fritz Preuss, „Die Energielücke verdrängt die Angst vor dem Atom,“ *Die Welt*, 9. September 1986, 3. Auch in BStU, Außenstelle Potsdam, AKG 1459. Laut handschriftlicher Notiz auf der Kopie dieses Beitrages wurde dieser Artikel zur Abteilung XX (zuständig für die Verfolgung von Regimekritikern) und zur Abteilung XVIII (zuständig für die „Sicherung der Volkswirtschaft“) des MfS geschickt.

inzwischen 74jährigen Erich Honecker (Vorsitzender) und dem Wirtschaftssekretär des Politbüros des ZK der SED Günter Mittag, waren die wichtigsten Funktionäre eingeladen, die Einfluß auf die Wirtschaftsplanung der DDR haben konnten: die ZK-Abteilungsleiter für Grundstoffindustrie Horst Wambutt, für Planung und Finanzen Günter Ehrensperger und für Bauwesen Gerhard Trölitersch; die Minister Wolfgang Mitzinger (Kohle und Energie), Hans-Joachim Lauck, Wolfgang Junker (Bauwesen), Gerhard Beil (Außenhandel), Felix Meier (Elektronik und Elektrotechnik); die Chefs der „Staatlichen Plankommission“ Gerhard Schürer, Friedrich Götz; der DDR-„Divisenbeschaffer“ Alexander Schalck-Golodkowski<sup>32</sup>; der Vorsitzende der „Regierungskommission Kernkraftwerksvorhaben“ Wolfgang Greß.

Nach dem kalten Winter mußte das „Konzept der langfristigen Energieversorgung“ im Politbüro behandelt werden. Planungschef Gerhard Schürer legte unter Punkt 14 einen „Maßnahme-Katalog“ vor, der von den Politbüro-Mitgliedern gebilligt wurde.

Die recht undeutlichen Forderungen nach höherer Wirksamkeit bei Reparaturen und beim Betrieb der Braunkohlekraftwerke und dem Aufschieben der notwendigen Rekonstruktion der Blöcke 1-4 (KKW Greifswald) zeigten an, daß die DDR-Wirtschaft mit den vorhandenen technischen und finanziellen Mitteln keinen Zuwachs an bereitgestellter Strommenge mehr erreichen konnte und ein bloßer Zugewinn an Kraftwerkskapazität die Energiekrise lösen sollte.

Im Bericht wurde unmißverständlich festgestellt:

„Im entscheidenden Maße hängt die Deckung des Elektroenergiebedarfes im Zeitraum bis 1990 und danach von der Inbetriebnahme neuer Kraftwerksblöcke ab.“

In den Jahren 1986-1990 sollten „Leistungszugänge von 2500 Megawatt (MW) Kraftwerkskapazität“ erreicht werden, durch den angestrebten Dauerbetrieb folgender Kraftwerke:

Jänschwalde/Block 5 (500 MW) Oktober 1987; Karl-Marx-Stadt/Block 1 (60 MW) Juni 1987; Gasturbinenkraftwerke (320 MW) November 1987; KKW Nord/Block 5 (440 MW) Dezember 1988; Karl-Marx-Stadt/Block 2 (60 MW) August 1988; Jänschwalde-Block 6 (500 MW) Juni 1989; KKW Nord/Block 6 (440 MW) November 1989; Karl-Marx-Stadt/Block 5 (60 MW) September 1989; KKW Nord/Block 7 (440 MW) September-Dezember 1990.

Was als normale Investitionsentscheidung einer zentralen Planwirtschaft erscheint, beschreibt die Niederlage der DDR-Energiewirtschaft. Nach Jahren der Krise suchte man den Ausweg in teuren Importen, die aber die Schuldenlast der DDR noch mehr erhöhten.<sup>33</sup> Aufgegeben wurde so fast unmerklich einer der Gründungsmythen des

<sup>32</sup> Zu den Binnenverhältnissen innerhalb der Planungsbürokratie siehe im Überblick Hans-Hermann Hertle, „Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft: Das Scheitern der ‘Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik’ am Beispiel der Schürer-Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988“, *Deutschland Archiv* 25 (Februar 1992): 127-145.

<sup>33</sup> Hans-Hermann Hertle, „Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft: Das Scheitern der ‘Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik’ am Beispiel der Schürer-Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988“, *Deutschland Archiv* 25 (Februar 1992): 127-145; Hans-Hermann Hertle, „Das reale Bild war eben katastrophal“: Gespräch mit Gerhard Schürer, *Deutschland Archiv* 25 (Oktober 1992): 1031-1039; Günter Mittags Rolle in der DDR-Wirtschaft: Fritz Schenk im Gespräch mit Gerhard Schürer, *Deutschland Archiv* 27 (Juni 1994): 633-637; Rainer Schwarz, Rezension zu *Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie*, von Gerhard Schürer (Frankfurt/Oder: Frankfurt Oder Editionen, 1996).

sozialistischen Experiments, die Organisation von neuen Staaten, die möglichst unabhängig vom „kapitalistischen Weltsystem“ prosperieren. Wenn die DDR-Energiewirtschaft künftig innerhalb der Weltwirtschaft zu agieren haben, müßten neue Richtungsentscheidungen getroffen werden.

Bereits im Verlauf des Jahres 1986 mußte zur Kenntnis genommen werden, daß trotz immenser Aufwendungen das Atomenergieprojekt nicht vorankam. Insbesondere Qualitätsmängel der gelieferten russischen Ausrüstungsteile und der in der DDR hergestellten Anlagen warfen das Projekt des Greifswalder Blockes 5 um Jahre zurück. Im April 1986 hatte der SED- Wirtschaftssekretär Günter Mittag auf dem XI. SED-Parteitag eine Kürzung der Pläne zur Erweiterung der Atomenergiebasis einräumt. Ziel war jetzt, den Anteil an Atomstrom bis 1990 auf 15% zu erhöhen. An der Vision einer Ablösung der Braunkohle durch Kernkraft wurde festgehalten: bis 2000 sollte der Anteil der Kernenergie 41% betragen.<sup>34</sup> Im Angesicht der Versorgungslücken legten am 14. November 1986 der Stellvertreter des Ministerratsvorsitzende, Wolfgang Rauchfuß, Planungschef Gerhard Schürer, Alexander Schalck-Golodkowski und die Minister Wolfgang Mitzinger (Kohle und Energie), Gerhard Beil (Außenhandel) und Ernst Höfner (Finanzen) dem Politbüro eine Vorlage zum „Import von Kraftwerkskapazitäten auf Gasturbinenbasis“ vor, die am 18. November genehmigt wurde. Demnach sollten bis November 1987 Gasturbinen installiert werden, um Strom in der Größenordnung von Greifswald 5 (440 MW) zu produzieren. Für die Valutafinanzierung hatte Schalcks Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ 170 Mio. Valutamark, „außerhalb der Zahlungsbilanz“ zu beschaffen. Die inlandseitigen Aufwendungen wurden mit 680 Mio. Mark angegeben.<sup>35</sup>

Im Krisenmanagement der Planungsbürokratie waren für 1987 die Gasturbinenkraftwerke fest für den „Dauerbetrieb 11/87“ eingeplant. Dazu kam ein ganzer „Maßnahmenkatalog“, der ab 1989 (die Energiekrise im Winter 87/88 war nicht mehr zu verhindern) eine gewissen Stabilisierung bei der Stromversorgung bringen sollte:

---

*Deutschland Archiv* 29 (September/Oktober 1996): 809-811. Zur Tätigkeit des DDR-„Divisenbeschaffers“ Alexander Schalck-Golodkowski siehe die Berichte des sogenannten „Schalck-Untersuchungsausschusses“ des Deutschen Bundestages, [„Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes“] Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksachen 12/8066, 12/654, 12/662, *Beschlußempfehlung und ergänzender Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes*, [sogenannter „alternativer Schalck-Bericht“], 5-51; Klaus Werner, *„Die Lage der DDR-Wirtschaft am Vorabend der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“*, in Herausforderung Ostdeutschland: Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Rüdiger Pohl, Hrsg. (Halle/S.: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 1995), 36-37.

<sup>34</sup> Günter Mittag, *Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990* (Berlin: Dietz Verlag, 1986), 55; Siehe auch Dirk Lorenz, „Spezifische Probleme der Bestimmung und politisch-operativen Durchdringung von politisch-operativen Schwerpunktbereichen zur politisch-operativen Sicherung von wissenschaftlich-technischen Aufgabenstellungen aus der Sicht der bauseitigen Realisierung von Kernkraftwerksvorhaben,“ (Diplomarbeit, Ministerium für Staatssicherheit, Hochschule, 1988), 3-14, BStU, MfS JHS 21200. Bis 2000 sollten nach der Planung von 1987 folgende Kraftwerksanlagen dauerhaft Strom liefern: KKW Greifswald Block 5 (Dezember 1988), Block 6 (November 1989), Block 7 (September-Dezember 1990), Block 8 (September-Dezember 1991), Stendal Block 1 (September-Dezember 1991), Block 2 (April-Juni 1995), Block 3 (September-Dezember 1996) und die Blöcke 4-6 (nach 1996), *Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. 6. 1987*, Anlage Nr. 14 zum Protokoll Nr. 26/87, SAPMO Bundesarchiv, DY30, J IV2/2 2227.

<sup>35</sup> Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, *Import von Kraftwerkskapazitäten auf Gasturbinenbasis*, 14. November 1986; SAPMO Bundesarchiv, DY30, J IV2/2A 2960. Vorgesehen waren „Gasturbinen der Firma Alsthom/Frankreich“ zu kaufen. Der zuständige Unternehmensbereich *EGT European Gas Turbines GmbH* (Bottroper Straße 398, D 45356 Essen) erteilt zur Abwicklung dieses Geschäftes leider keine Auskunft.

- 2% Wachstum an Stromerzeugung durch die Kraftwerksneubauten, wobei für Kraftwerksneubauten Heizöl und Dieselkraftstoff zusätzlich importiert werden mußten;
- Umstellung auf Braunkohle mit „höherem Ballastanteil“ (höherer Schwefelanteil, geringer Heizwert);
- „Konzentration der Kräfte“ auf die Fertigstellung der Kernkraftwerksblöcke in Greifswald; Vorantreiben der Arbeiten an den Stendaler Blöcken <sup>36</sup>, Einstellung von 7000 zusätzlichen Arbeitskräften, Lohnerhöhungen von insgesamt 5,9 Mio. Mark.

Neben der „Sicherung der Energieversorgung“ war damit eine weitergehende Reduzierung der Abhängigkeit von westlichen und östlichen Stromlieferungen geplant: 1988-1995 von 1371 Mio. Valutamark auf 520 Mio. Valutamark, dem allerdings der Aufwand von weiteren 320 Mio. Valutamark zum Import der Gasturbinen entgegenstand.<sup>37</sup> In den Wintermonaten wurde bis 1992 mit Defiziten von ca. 800-900 MW gerechnet. Ab 1992 würden die Defizite auf über 1000 MW steigen. 1988 war die Stromversorgung nur bis Temperaturen von -6 Grad gesichert.

### Kein Ende des Atomprogrammes

Trotz aller Szenarien zur Krisenbewältigung wurde im November 1987 noch immer von einer Fertigstellung der Greifswalder Blöcke 5 und 6 im Dezember 1988 und im November 1989 ausgegangen.

Anfang Dezember 1987 mußte festgestellt werden: „Die bisher für den Monat Juni 1988 vorgesehene Aufnahme des Probetriebes [Greifswald Block 5] wird nicht erreicht.“<sup>38</sup>: Am Ziel des Probetriebes im Winter 1988/89 wurde noch festgehalten. Die Arbeiten an den Blöcken 6-8 verzögerten sich vor allem durch die „notwendige Konzentration der Montagekräfte“ auf den Block 5. Der Rückstand betrug aufgrund fehlender Lieferungen von Ausrüstungen aus der UdSSR oder wegen Qualitätsmängeln bei eigenproduzierten Teilen etwa 6-12 Monate. Dieser Zeitraum wurde auch beim Bau in Stendal angegeben.

---

<sup>36</sup> Im Lichte dieser Politbüro-Unterlagen erscheint die Ernsthaftigkeit eines Abrückens Honeckers vom Atomprojekt sehr zweifelhaft. In den westseitigen Gesprächsnotizen vom Treffen Erich Honecker-H.-J. Vogel (28. Mai 1986) wird Honecker folgendermaßen wiedergegeben: „Wenn die DDR noch über Steinkohlevorräte verfügte, wäre für ihn [Honecker] keine Frage, daß dann die Kernenergie nicht in Frage käme. Die Braunkohlen ließen sich nicht beliebig transportieren, daher habe die Kernenergie im Norden der DDR eine unverzichtbare Bedeutung. Er [Honecker] bedauere, daß der Bau des nächsten Kernkraftwerkes bei Stendal schon in Gang sei. Er [Honecker] habe veranlaßt, daß das ganze Projekt noch einmal überprüft werde.“ *Vermerk über das Gespräch zwischen Dr. Hans-Jochen Vogel und Erich Honecker am 28. Mai 1986* (Quelle: Privatarchiv H.-J. Vogel), Heinrich Potthoff, *Die 'Koalition der Vernunft': Deutschlandpolitik in den 80er Jahren* (München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1995), 430.

<sup>37</sup> *Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. 6. 1987*, Anlage Nr. 14 zum Protokoll Nr. 26/87, SAPMO Bundesarchiv, DY30, J IV2/2 2227, 7-30.

<sup>38</sup> Wolfgang Greß, *Information über die 20. Beratung der Regierungskommission für die Kernkraftwerksvorhaben am 5. 12. 1987*, SAPMO Bundesarchiv, DY 30 vorl. SED 39476, 1-6. Die Zusammensetzung der „Regierungskommission“ zeigt deutlich die vielen Ebenen der Wirtschaftsplanung: Staatliche Plankommission, Ministerien für Bauwesen, Kohle und Energie, Elektronik und Elektrotechnik, Finanzen, Schwermaschinen- und Anlagenbau, ZK der SED, Bezirksleitungen Rostock und Magdeburg der SED, Kreisleitung der SED Stendal, Parteiinstruktoren der einzelnen Baustellen, Kernkraftwerk Greifswald, Staatsbank der DDR, Amt für Preise, Baukombinate Rostock und Magdeburg und andere.

Hier wurde der Inbetriebnahmetermin für den Block 1 auf September-Dezember 1992 festgelegt, ein Jahr später als noch in der Politbüro-Sitzung vom 30. Juni 1987 anvisiert worden war. Der Grund dafür sei die „nicht ausreichende Leistungsfähigkeit des Industriebaus.“<sup>39</sup>

Beim Stendal-Projekt handelte es sich jedoch um 1000 MW-Reaktoren einer neueren Generation (Projektierung siebziger Jahre), die mit weit umfangreicherer Sicherheitstechnik auszurüsten waren. So mußten speziell für die Stahlzellen der Beton-Schutzhülle (Containment) Schweißautomaten entwickelt werden.

### „Moskau liefert nicht!“

Die Verzögerungen auf der sowjetischen Lieferseite trugen wesentlich zur DDR Energiekrise bei. Alle Kernkraftwerke und Versuchsreaktoren waren seit 1965 auf der Basis von zweiseitigen Regierungsabkommen gebaut worden. Im August 1988 schließlich schrieben Schürer und Mitzinger eine Vorlage für das Politbüro, um endlich die Lieferungen bei den Kernkraftwerksbauten auf beiden Seiten neu vertraglich regeln zu lassen.<sup>40</sup> Die Vorlage wurde als Beschluß und als Maßnahmenpaket am 23. August 1988 im Politbüro angenommen. Schürer berichtete von einer Beratung im Moskauer Ministerium für Atomwirtschaft im Juli 1988, bei der die Ostblockstaaten mit laufenden Reaktorprojekten sowjetischer Bauart von neuen Projekt KKW-88 unterrichtet wurden. Als Reaktion auf Tschernobyl plane die sowjetische Seite den Export eines neuen Typs von Druckwasserreaktoren mit höherer Sicherheit. Der Investitionsaufwand steige dadurch um 10-25%. Für Greifswald 5-8 und Stendal 1-2 sei das Projekt nicht mehr verfügbar. Würde es auf Stendal 3-4 angewandt, werde mit längeren Bau- und Projektierungszeiten von 1-2 Jahren gerechnet. Ab 1989 solle in zweiseitigen Gesprächen entschieden werden, wo das KKW-88 Projekt außerhalb der Sowjetunion Anwendung finden solle.

Für die laufenden Projekte zog Schürer eine katastrophale Bilanz. Der neue DDR Regierungsbeauftragte für die Kernkraftwerksbauten, Gatzke (Vorname unbekannt), wurde in Moskau darauf hingewiesen, daß das Ministerium für Atomwirtschaft der UdSSR „unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsleitung in der UdSSR keine zwingenden Möglichkeiten hat, die mit den zweiseitigen Regierungsabkommen über die Errichtung von Kernkraftwerken in der DDR eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den sowjetischen Vereinigungen und Betrieben durchzusetzen.“<sup>41</sup> Die neu gebildeten Wirtschaftsvereinigungen, so der Turbinenhersteller „Leningrader Metallwerke“, waren nicht mehr an der Produktion für die DDR interessiert. So lehnte der Hersteller der Turbine für den Block 1 (Stendal) deren Herstellung und Lieferung zum vereinbarten Zeitpunkt rundweg ab. Noch im August 1988 wandte sich Schürer im Auftrag des Ministerrates der DDR an die sowjetische Seite, um diese Probleme wenigstens behandeln zu dürfen, offenbar mit wenig Erfolg bei seinem sowjetischen Partner: dem Chef der Paritätischen Regierungskommission Antonow (Vorname unbekannt). Neun Monate später, am 30. Mai 1989, schrieb der Ministerratsvorsitzende Willy Stoph einen

<sup>39</sup> Ibid. , 3.

<sup>40</sup> Gerhard Schürer, Wolfgang Mitzinger, *Information zu Fragen der Erfüllung bestehender Abkommen mit der UdSSR zum Bau von Kernkraftwerken*, SAPMO Bundesarchiv, DY 30/J IV/2/2A 3148.

<sup>41</sup> Ibid. , 5-6.



inständig bittenden Brief an Ministerpräsident Nikolai Ryshkow zur Sicherung wenigstens der laufenden Projekte, zu spät :

„Sehr geehrter Genosse Vorsitzender!  
Gestatten Sie, daß ich mich in einer für unsere ökonomische Entwicklung entscheidenden Frage persönlich an Sie wende. Ich schlage Ihnen ...vor, verehrter Genosse N. I. Ryshkow, zwischen den Regierungen unserer Länder ein 'Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit zur Entwicklung der Kernenergetik in der DDR bis zum Jahre 2000' auf der Ebene der Vorsitzenden der Ministerräte abzuschließen, welches die Bedingungen der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den 90er Jahren zwischen unseren Ländern berücksichtigt...  
In der Gewißheit, daß Sie diesem volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Anliegen der DDR Verständnis entgegenbringen, darf ich Ihre positive Entscheidung erwarten.“<sup>42</sup>

Der Brief wurde in der vorliegenden Fassung geschrieben, die Auswertung sollte von Schürer, Beil und Mitzinger im IV. Quartal (September-Dezember ) 1989 erfolgen. Obwohl Beil als Außenwirtschaftsminister und Schürer als Chef der Plankommission der Modrow-Regierung angehörten, kam es zu keinem Fortschritt mehr beim Bau der Greifswalder Reaktoren. Bereits weniger als neun Monate nach der Politbüro-Sitzung wurde der erste Reaktor in Greifswald am 15. Februar 1990 abgeschaltet.<sup>43</sup>

#### 4. „Sicherheit geht vor!“ Sicherheit geht vor?

Nicht nur die Unzuverlässigkeit der sowjetischen Wirtschaft und die mangelnde Qualität der in der DDR hergestellten Ausrüstungen verhinderten das DDR-Atomprogramm. Seit Ende der siebziger Jahre setzte die DDR-Atomwirtschaft, zumindest was die großen Atommeiler anbetraf, auf einen verstärkten Einbau von Sicherheitstechnik. Die Motive diese neuen Denkens sind schwer zu ermitteln. Und diese Wendung überrascht, rekonstruiert man die DDR-Propaganda nach dem Reaktorbrand in Tschernobyl 1986. In den DDR-Zeitungen und im „Fernsehen der DDR“ wurde die Katastrophe beispiellos heruntergespielt<sup>44</sup>, und es wurde der Eindruck erweckt, als wären den Technikern und den politisch Verantwortlichen nie zuvor Zweifel an der Gefahrlosigkeit der RBMK-Reaktoren (Tschernobyl Typ) und an der sowjetischen Reaktortechnik überhaupt gekommen.

<sup>42</sup> *Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. Mai 1989*, Entwurf eines Schreibens des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Stoph, an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Genossen N. I. Ryshkow, SAPMO Bundesarchiv, DY 30/J IV 2/2 2330.

<sup>43</sup> Hakan Sterner, Dieter Leushacke, und Dieter Rittscher, „Stilllegung und Abbau des Kernkraftwerkes Greifswald,“ *atomwirtschaft* 40, no. 4 (April 1995): 247.

<sup>44</sup> Siehe dazu exemplarisch „Führende Experten: Keine Gefährdung für Menschen und Umwelt in der DDR,“ *Leipziger Volkszeitung*, 2. Mai 1986.

## Zweifel lange vor Tschernobyl

Die Unterlagen von SED, Regierung der DDR und Staatssicherheit geben ein in vielen Punkten davon abweichendes Bild. Während die Propaganda unverhohlenen Lügen produzierte, wurden intern oftmals realistische Sicherheitsberichte angefertigt. Zunächst gab es wohl in keinem anderen Ostblockland so viele Atomforscher, die aus eigener Anschauung bestens mit der sowjetischen Technik und mit der dortigen Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation vertraut waren. Wolfgang Horlamus beschrieb die Kriegsgefangenschaft von ca. 4000 deutschen Naturwissenschaftlern in der Sowjetunion von 1946-1959. Davon stammten nicht wenige aus dem nationalsozialistischen Atomprogramm. Ab 1954 kehrten einige von ihnen in der DDR zurück, Gustav Hertz wurde 1955 Vorsitzender des SED-Beratungsgremiums Atomforschung.<sup>45</sup> Nach anfänglichen Versuchen, einen eigenen, deutschen Reaktor zu entwickeln, wurden ausschließlich innerhalb des sowjetischen Exportprogramms Druckwasserreaktoren der WWER Reihe installiert. Obwohl es später eigene Ausbildungsstätten für DDR Atomtechniker an der Technischen Universität Dresden und an der Technischen Hochschule Zittau gab, studierten nicht wenige der im Greifswalder Werk beschäftigten Reaktorfahrer und Kerntechniker am Moskauer Energetischen Institut und danach am RGW-Kernforschungszentrum Dubna bei Moskau. Für die WWER-Reaktoren gab es Ausbildungsplätze, speziell für Techniker aus den RGW-Staaten, im Kernkraftwerk Nowo-Woronesch am Don (450 km südlich von Moskau). Es ist somit äußerst zweifelhaft, daß die DDR-Techniker plötzlich nach Tschernobyl „erwachten“ oder gar von der Kenntnis des sowjetischen Umganges mit Atomsicherheitsfragen „geschockt“ waren.<sup>46</sup> Noch weniger war Tschernobyl der Anlaß für die Änderung der Atompläne. Mittag hatte zuvor auf dem SED-Parteitag den Zeitverzug beim Atomprogramm zugeben müssen. Alle Versuche aber, in der DDR zu einem kritischen Dialog über die Kernenergie zu gelangen, wurden von der Staatssicherheit verhindert.<sup>47</sup> Dabei verfolgte die Staatssicherheit 1986 die Verfasser des Aufrufs „Tschernobyl wirkt überall“ für Positionen, die seit 1983 (eigentlich) geltendes Recht in der DDR waren.

## Das Atomgesetz der DDR

Kernenergie habe so sicher wie möglich zu sein; ihre Kontrolle habe so streng wie möglich zu erfolgen; Sicherheit habe Vorrang vor ökonomischen Zielen. Dies waren Kernaussagen des 1983 in Kraft getretenen „Atomgesetzes“. Der zuständige MfS-Charge, Generalleutnant Rudi Mittag, Mitglied des ZK der SED, beaufsichtigte als Stellvertreter Erich Mielkes nicht nur die Abteilung XX zur unmittelbaren Verfolgung der Aufruf-Verfasser. Als Mitglied des Kollegiums des MfS wußte er auch von der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), zu der wiederum die „Rechtstelle“ unter Oberst

<sup>45</sup> Wolfgang Horlamus, *Die Kernenergiewirtschaft der DDR: Von ihren Anfängen bis zur Abschaltung der Reaktoren im Kernkraftwerk Nord*, hefte zur ddr-geschichte: 17 (Berlin: Gesellschaftswissenschaftliches Forum, 1994), 24-36.

<sup>46</sup> Toralf Staud, „Aufgewacht durch Tschernobyl: Der DDR-Führung wurden plötzlich die Risiken der Atomkraft bewußt“, *tageszeitung*, 29. Februar 1996.

<sup>47</sup> MfS, Bezirksverwaltung [Berlin], Stellvertreter Operativ, *Provokativer Appell 'Tschernobyl wirkt überall'* [13. Juni 1986], BStU, Stellv. d. Ministers [Mittig] 103293, 1-6.

(1989) Dr. Udo Lemme gehörte.<sup>48</sup> Das Gesetzgebungsverfahren zum Atomgesetz ging monatelang in den Jahren 1982 und 1983 über die Schreibtisch von Udo Lemme und des MfS-Kollegiums.

Doch die DDR war weit entfernt vom Grundsatz, wonach die Regierung selbst unter die Gesetze des Landes fallen sollte. Die Erarbeitung und letztlich Inkraftsetzung des Atomgesetzes wirft ein deutliches Licht auf das Gesetzgebungsverfahren in der DDR.

Zunächst erarbeitete eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern von elf für zuständig erklärten Ministerien eine Konzeption (Frühling/Sommer 1982), dann erfolgt ein formeller Beschluß des Politbüro des ZK der SED Beschluß (9. November 1982), dann folgte ein Beschluß des Ministerrates der DDR (11. November 1982), dann wurde zwischen dem Justizministerium und der Rechtsstelle des MfS der Text vereinbart (März 1983), die „Beratung des Gesetzentwurfes/Einholung von Zustimmung“ erfolgte mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Gewerkschaft, Anwenderbetrieben im August 1983. Im Oktober 1983 wurde der Entwurf im Ministerrat behandelt und an die „Volkskammer“ weitergegeben. Die „Volkskammer“, das „Parlament“ der DDR, war bis dahin im Gesetzgebungsverfahren an keiner Stelle vertreten. Es verabschiedete das Gesetz dann am 8. Dezember 1983. Die Bürokratie gab sich so ihre eigenen Gesetze. So schrieb am 5. Juli 1982 der Chef des „Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz“, Professor Dr. med. habil. Georg Sitzlack, an den „Genossen Armeegeneral Mielke“ einen Brief, in dem er sich für die „Mitarbeit Ihres Vertreters“ bei der Erarbeitung der Konzeption zum neuen Atomgesetz bedankte. Die angehängte Konzeption<sup>49</sup>, die im wesentlichen in das Gesetz überführt wurde, begründete die Neufassung des alten DDR Atomgesetzes von 1962.

Um so mehr überrascht die Tatsache, daß die kompromißlose Anwendung des Sicherheitsgedankens beim Umgang mit der Atomtechnik, über drei Jahre vor Tschernobyl, Eingang in das Gesetz fand. Eine Zugewinn an Sicherheit sollte wohl auch die Stabilität des Atomprogrammes sichern, da Fachwissenschaftlern, die die Bürokratie berieten, die Sicherheitsprobleme der sowjetischen Reaktoren bekannt waren. Auch

---

<sup>48</sup> Ein zur Abstimmung innerhalb des MfS üblicher Bericht zeigt auf, welche Abteilungen an der Ausarbeitung des neuen Atomgesetzes beteiligt waren. BStU, MfS Rechtsstelle 515, *Schreiben von Oberstleutnant Lemme an Mielke vom 9. März 1983*: „Der vom Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz übersandte Entwurf des ‘Gesetzes über den Schutz und die Ziele bei der Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik: Atomgesetz’ wurde in Abstimmung mit Ihrem Stellvertreter, Genossen Generalleutnant Mittag, den Leitern der Hauptabteilung IX [Verfolgungsorgan] und der Abteilung BCD [Bewaffung und chemischer Dienst] sowie den Leitern des OTS [Operativ-technischer Sektor] und ZMD [Zentraler Medizinischer Dienst] geprüft. Prinzipiell ergeben sich keine Einwände.“ Siehe auch die Übersicht „*Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989: Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993*“, in Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Reihe A, Dokumente, no. 2 (Berlin: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 1993), 1-192.

<sup>49</sup> Es sei hier darauf hingewiesen, daß keineswegs alle Unterlagen aus dem Machtapparat der DDR frei zur wissenschaftlichen und publizistischen Auswertung verfügbar sind. So unterliegen Unterlagen von DDR-Einrichtungen, die mit der Wiedervereinigung direkt in eine entsprechende bundesdeutsche Behörde aufgenommen wurden, den üblichen Sperrfristen für Archivgut nach dem BundesArchivgesetz (BArchG). Dies gilt in vorliegendem Fall für die Unterlagen des SAAS, welches z. T. personell identisch vom Bundesamt für Strahlenschutz übernommen wurde, und dies gilt für die Akten des DDR-Außenministeriums, die einer 30 Jahre Sperrfrist unterliegen. Der Zugang zu den Akten des früheren Ministeriums für Staatssicherheit nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) ist die Ausnahme, nicht die Regel.

konnte mit dem außenpolitisch motivierten Eintritt der DDR in die internationalen Atomkontrollgremien nicht mehr, wie etwa bis Ende der siebziger Jahre, rücksichtslos mit der Umwelt und den Mitarbeitern der Atomindustrie umgegangen werden.<sup>50</sup> Seit 1971 führte das Außenministerium Verhandlungen mit der Internationalen Atomenergiewirtschaftsorganisation (IAEO) „über die Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen.“ Seit 1970 drängte die DDR verstärkt auf „internationale Anerkennung“, was bis 1973/75 zur Errichtung zahlreicher „diplomatischer Beziehungen“ mit ca. 100 Staaten und internationalen Organisationen führte. Seit 1973 war die DDR Mitglied der IAEO, so waren auch deren Atomanlagen in die Kontrollen der IAEO einbezogen.<sup>51</sup> Die „übernommenen internationalen Verpflichtungen“ waren so auch ein Ausgangspunkt des neuen Atomgesetzes.<sup>52</sup> Der Schutzgedanke wurde im Gesetzestext sogar gegenüber den Entwürfen noch verschärft.

Entwurf/Februar 1983: „Die ständige Einhaltung der Schutz- und Sicherheitsbestimmungen durch die Anwender der Atomenergie ist oberstes Prinzip und hat Vorrang gegenüber allen ökonomischen und arbeitstechnischen Bedingungen.“<sup>53</sup>

Gesetzestext/Dezember 1983: „Der Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen sowie der Schutz der Umwelt vor den Gefahren bei der Anwendung der Atomenergie ist zu gewährleisten und hat Vorrang gegenüber volkswirtschaftlichen und anderen Vorteilen, die sich aus der Anwendung der Atomenergie ergeben.“<sup>54</sup>

<sup>50</sup> Auf das Problem der Strahlenemissionen und -unfälle in der DDR der siebziger Jahre kann hier nicht eingegangen werden. Zwei Publikationen geben Einblick in die Sicherheitsphilosophie der siebziger Jahre Günter Ackermann, Hrsg., *Betrieb und Instandhaltung von Kernkraftwerken* (Leipzig: Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie, 1982); Walter Röhnsch, „Untersuchung zu Auswürfen radioaktiver Stoffe und zur Strahlenbelastung der Bevölkerung der DDR bei der Elektroenergieerzeugung aus Kernenergie,“ (Dr.rer.nat., Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, 1979). Ackermann war Rektor der Ingenieurhochschule [später Technische Hochschule] Zittau, Röhnsch war Abteilungsleiter im SAAS, Verhandlungsführer mit dem Bundesumweltministerium und nach 1991 Mitarbeiter am Bundesamt für Strahlenschutz, Außenstelle Berlin.

<sup>51</sup> Siehe zum Beispiel *Anordnung über die Kontrolle von Kernmaterial vom 31. Oktober 1986*, Gesetzblatt der DDR Teil I, no.34, 25. November 1986 (Berlin: Staatsverlag), 436-440. Zu einer wirksamen Kontrolle einer DDR-Atomanlage seitens der IAEO ist es nie gekommen. Jahrelange „Abstimmungen“, d.h. Verzögerungen seitens der DDR-Verantwortlichen, und eine starke Zurückhaltung seitens der IAEO ließen einen Besuch in Greifswald erst für 1990 vorsehen. In offen ideologischer Absicht wurde in einem Beschluß vom November 1986, der gemeinsam von SAAS, Außenministerium und Staatssicherheit hinsichtlich der IAEO (auf deutsch IAEA) Kontrolle erarbeitet wurde, festgestellt, daß es „aus politischen Gründen unausweichlich“ sei, einer Kontrolle des neuesten Reaktorblockes in Greifswald für 1990 zuzustimmen: „Die Überprüfung der Betriebssicherheit von Kernkraftwerken durch die IAEA erfolgt durch die Einschätzung der Betriebsführung anhand internationaler Erkenntnisse und intensiven Informationsaustausch mit den Betreibern ... Sie dient weder der Bewertung der Auslegung der Anlage noch der Feststellung der Einhaltung nationaler Bestimmungen. Der die Ergebnisse der Überprüfung zusammenfassende Bericht wird von der IAEA erarbeitet, dem Betreiber zur Verfügung gestellt und vertraulich behandelt,“ *Beschluß über die Überprüfung der Betriebssicherheit im Kernkraftwerk 'Bruno Leuschner' durch eine internationale Expertengruppe der IAEA* [1988], BStU, Sekr. des Ministers 692.

<sup>52</sup> Siehe Werner Bischof, „Das Atomenergiegesetz der DDR vom 8. Dezember 1983,“ *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 34, no. 7 (1984): 537-541.

<sup>53</sup> Schreiben von Staatssekretär Sitzlack [SAAS] an Erich Mielke vom 9. Februar 1983, Anlage, BStU, MfS Rechtsstelle 515.

<sup>54</sup> Zitiert in Werner Bischof, „Das Atomenergiegesetz der DDR vom 8. Dezember 1983,“ *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 34, no. 7 (1984): 538.

Darüber hinaus habe der Strahlenschutz auf der Grundlage „neuester wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse“ zu erfolgen, was zur Korrektur des überkommenen Prinzips der „höchstzulässigen Strahlenbelastung“ (Paragraph 6 des alten Atomgesetzes von 1962) führte. Dieser Punkt, der bereits in der Konzeption des Gesetzes enthalten war, hinderte die Verantwortlichen von DDR-Altanlagen nicht, mit „speziellen Grenzwerten“, den jeweiligen Anlagen entsprechende Strahlungsmengen weiterhin abzugeben. Keine Altanlage (Rossendorf 1956; Rheinsberg 1966) wurde aufgrund der neuen Strahlungsgrenzwerte geschlossen.<sup>55</sup>

### **Sicherheit geht vor?**

Dennoch gab es, und dies deutet ebenfalls auf eine genaue Kenntnis der Sicherheitsmängel der russischen WWR 440-230 Reaktoren hin, eine eigenständige Sicherheitsforschung an der Technischen Universität (TU) Dresden. 1981 wurden auf dem Gelände der TU (die Versuchsanlage DESIE) und in Engelsdorf bei Leipzig zwei „Modellcontainment“-Anlagen im Maßstab 1:5 gebaut, die den Sicherheitsverlauf eines Kühlmittelverluststörfalles (des größten anzunehmenden Unfalles) simulieren ließen. Die vorhandenen Greifswalder Reaktoren waren für diese Art Störfall nicht ausgelegt worden, da in der Sicherheitsphilosophie der 1960er Jahre ein großer Kühlmittelverlust als „nur theoretisch wahrscheinlich“ angenommen wurde.<sup>56</sup> Ebenfalls wurde im Laufe des Jahres 1983 unter Leitung von SAAS-Chef Georg Sitzlack eine „Ständige Kontrollgruppe Anlagensicherheit“ (SKG) gebildet, die bis 1989 vierundneunzig als „Geheime Verschlussache“, d.h. als „Staatsgeheimnis“, eingestufte Berichte über den tatsächlichen Zustand der DDR-Atomanlagen lieferte.<sup>57</sup> Die SKG und die einzelnen Mitglieder hatten das Recht, „jederzeit die Kernkraftwerke zu betreten, sämtliche Dokumentationen, Pläne, Betriebsvorschriften, Betriebsberichte und Berichte betrieblicher Kontrollen einzusehen, die Beschäftigten zu befragen sowie spezielle Untersuchungen und Analysen zu verlangen.“<sup>58</sup> Ausdrückliches Ziel der SKG war „die Gewährleistung des Schutzes von Leben und Gesundheit der Werktätigen und der Bevölkerung vor Strahlengefahren.“<sup>59</sup> Daß die Einsetzung eines relativ unabhängigen Kontrollgremiums für den Schutz ganz Norddeutschlands vor einer nuklearen Katastrophe dringend geboten war, zeigt das Beispiel des Umganges mit den Sicherheitsproblemen an den laufenden Greifswalder Reaktoren 1-4.

### **Im Wissen um die Risiken**

Die Fakten, die 1990 aufgrund der alarmierenden Sicherheitsbeurteilungen der westlichen „Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit“ (GRS) zur Abschaltung der Reaktoren

<sup>55</sup> Siehe Michael Hänel, Rossendorfer Atomforschung, *kontraste*, ARD [German Television Network], 12. September 1994.

<sup>56</sup> Siehe zum Beispiel Wolfgang Lippmann, „Die Belastungen für den Sicherheitseinschluß von Kernkraftwerken mit DWR [Druckwasser-Reaktoren],“ (Dr. sc., Technische Universität Dresden, Dresden, 1989).

<sup>57</sup> *Inhaltsverzeichnis der SKG-Berichte*, Bundesarchiv Potsdam, DF 10, 641a, 641b, 641c.

<sup>58</sup> *Arbeitskonzeption der Ständigen Kontrollgruppe Anlagensicherheit* [1987], Bundesarchiv Potsdam, DF 10, 641 b, 254. Die *Anlage zur Arbeitskonzeption* enthält eine genaue Namens- und Aufgabenverteilungsliste.

<sup>59</sup> *Ibid.*

führten<sup>60</sup>, waren den Experten der SKG, dem SAAS, dem Ministerrat der DDR und dem Politbüro des ZK der SED bereits Jahre zuvor bekannt. Im Wissen um die prinzipiellen Konstruktionsmängel (keine dem internationalen Standard des Herstellungszeitraumes entsprechenden Sicherheitssysteme gegen Kühlmittelverlust, kein ausreichender Brandschutz, kaum ausreichend geprüftes Notkühlsystem, u.a.)<sup>61</sup> standen die Verantwortlichen ab spätestens Mitte der achtziger Jahre vor der Frage: möglicher Umbau (Rekonstruktion) oder Abschaltung der Reaktoren? Obwohl immer wieder betont wurde, daß Sicherheit Vorrang vor der Planerfüllung habe, kam es nicht zur Abschaltung der Reaktoren. Vielmehr wurde eine aufwendige Rekonstruktion beschlossen, die aber von der sowjetischen Vertragsseite immer wieder verzögert wurde, welches die Kosten auf der DDR-Seite weiter in die Höhe trieb.

Die Dimension eines möglichen Unfalls am laufenden Block 1 zeigt der „Kontrollbericht Nr. 10“ von 1987. Nicht nur die Konstruktionsmängel ließen das Risiko beim Betrieb des Reaktors anwachsen, diese wurden geradezu verstärkt durch Ermüdungserscheinungen und Überbelastungen der Schweißnähte (die sogenannte „Versprödung“) am Reaktordruckgefäß selbst, „die zum Bruch des Reaktordruckgefäßes und damit zu einem katastrophalen, nicht beherrschbaren Störfall führen kann, bei dem große Freisetzungen von Radionukliden in die Umwelt erfolgen...Die SKG weist mit Nachdruck darauf hin, daß die Wiederinbetriebnahme von Block 1 des KKW „Bruno Leuschner“ Greifswald nach Abschluß der Kampagne 1986/87 ohne Realisierung der vorgesehenen Rekonstruktionsmaßnahmen sicherheitstechnisch nicht vertretbar ist.“<sup>62</sup> Ungeachtet dessen wurde 1988, nach einer üblichen Umladepause, vom SAAS die Genehmigung zum Dauerbetrieb des Reaktors wieder erteilt.<sup>63</sup> In der Situation der Energiekrise der Jahre 1987/88 obsiegte die Stromerzeugung über alle Sicherheitsfragen, unter Umgehung geltenden DDR-Atomrechtes.

Gleichzeitig wurde 1987 festgestellt, daß die notwendigen Unterlagen zur sicherheitstechnisch überfälligen „Rekonstruktion“ noch immer nicht aus der UdSSR geliefert wurden. Der für Ende 1988 vorgesehene Abschluß eines Abkommens über den Umbau der Greifswalder Reaktoren 1-4 kam, wie alle weiteren Atomverträge mit der russischen Seite, nicht zustande. Mehr noch, im Februar 1989 teilte die UdSSR mit, daß nunmehr der Grundsatz vertreten werde, alle RGW Mitgliedsstaaten sollten jetzt selbst entscheiden, ob sie eine Rekonstruktion oder eine Stilllegung der Anlagen betreiben wollten.<sup>64</sup> Von 1989 erfolgte nun, mit jahrelanger Verspätung, ein Plan zum eigenständigen Umbau. Dieser würde zwar das international übliche Sicherheitsniveau

<sup>60</sup> „Sicherheitsbeurteilungen des Kernkraftwerkes Greifswald, Block 1 bis 4,“ GRS-77, (Köln: Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, Juni 1990). Siehe auch Interview mit Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer (WDR/Studio Moskau), *tagesschau*, ARD, 11. Oktober 1990.

<sup>61</sup> Unstrittig für die DDR-Reaktoren ist, daß keine „Beherrschung“, d. h. die wenigstens zeitweilige Rückhaltung der brennenden, radioaktiven Lava eines GAU, möglich gewesen wäre. Zusammenfassend heißt es in der Sicherheitsbeurteilung des SAAS für das Politbüro des ZK der SED [1989]: „Ein Containment ist nicht vorhanden. Das als Alternative errichtete Druckraumsystem hält nur bei geringen Überdruck stand, wie er bei kleinen Leckstörfällen auftritt. Bei größeren Lecks erfolgt die Druckentlastung ohne Filterung in die Umgebung. Der Austritt radioaktiver Stoffe bei schweren Störfällen wird nicht verhindert,“ *Einschätzung zum Stand der nuklearen Sicherheit der Kernkraftwerke der DDR*, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, SAPMO Bundesarchiv., DY 30/J IV/2/2A 3220, 5.

<sup>62</sup> SAAS, *Kontrollbericht Nr. 10* [Mai 1987], Bundesarchiv Potsdam, 641a, 191,193.

<sup>63</sup> SAAS, *Kontrollbericht Atomsicherheit und Strahlenschutz 1988* [April 1989], Bundesarchiv Potsdam, 641a, 8.

<sup>64</sup> SAAS, *Kontrollbericht Nr. 14* [Mai 1989], Bundesarchiv Potsdam, 641a, 272.

nicht erreichen, es würde an nötigen Planungsunterlagen durch den Ausstieg des russischen Reaktorprojektanten fehlen, und er würde durch Einbeziehung westlicher Firmen sehr teuer werden, aber die Lebensdauer der Reaktoren (bis 2004-2009) würde erreicht, indem „ein weiterer Betrieb vertretbar ist“.<sup>65</sup> Die „Wende“ macht diesem Wahnsinn ein Ende, die für das IV. Quartal 1989 vorgesehenen Verhandlungen über den Weiterbetrieb der Greifswalder Reaktoren 1-4 waren nicht mehr nötig.

Dennoch wurde durch die beschriebene Einführung von mehr Sicherheit in das Atomprogramm die überstürzte Inbetriebnahme von Greifswald Block 5 verhindert und der Bau der anderen Reaktoren auf mögliche Sicherheitsmängel hin überprüft. In der Sitzung des Politbüros (18. November 1986), die sich ausführlich mit der Bewertung der Tschernobyl-Katastrophe und den Folgen für das Kernenergieprogramm der DDR beschäftigte, wurden lediglich 500 Millionen Mark für dringende Nachrüstungen pro Reaktor Greifswald 1-4 gefordert. Viele Millionen mehr kosteten die ständigen Nachbesserungen an den laufenden Reaktoren und am Bauprojekt der Reaktoren Block 5-8. Nach 50.000 Projektänderungen mußte der Probetrieb des Blockes 5 im Oktober 1989 unterbrochen werden, da Funktionsmängel an Steuerventilen aufgrund von Qualitätsmängeln aufgetreten waren.<sup>66</sup> Ein weiterer Störfall am 24. November 1989 wurde gerade noch verhindert, die Schnellabschaltung des Reaktors funktionierte erst bei manuellem Betrieb. Die zerstörten Brennstoffkassetten stellen beim Rückbau des Greifswalder Kraftwerkes noch in den nächsten 10 Jahren ein erhebliches Strahlenrisiko dar.

### **Die Legende vom „Schutz“ der Stasi**

Noch am 11. August 1989 erstellte die Leitung der HA XVIII des MfS zu diesem Problemkreis einen zusammenfassenden Bericht. Dieser Bericht trägt selbst dazu bei, die Legende zu widerlegen, wonach das MfS in sicherheitsrelevanten Bereichen der Volkswirtschaft mit ihrer „Kontrolltätigkeit“ Gutes bewirkt hätte. Die Verantwortlichen der Atomwirtschaft, deren Zuständigkeiten im Atomgesetz klar geregelt worden waren, ignorierten ab 1987 im Weiterbetrieb der Greifswalder Reaktoren gültiges Atomrecht. Gerade das MfS hatte bei der Schaffung des Gesetzes auf strikte Strafen bei Unterlassungen von Kontrollpflicht gedrungen, hatte die eindeutige Definition der „Straf- und Ordnungsbestimmungen“ befördert. Im Bericht kommt dieser Gesetzesbruch nicht einmal vor. Es fällt außerdem auf, daß keine einzige Information aus, im Stasi-Jargon „operativen Quellen“, von „inoffiziellen Mitarbeitern“ stammte oder von anderen Abteilungen des MfS geheim besorgt wurde. Alle Fakten stammten aus den in der Nomenklatura allgemein zugänglichen Quellen: Politbüro -Beschlüsse, Beschlüsse des Ministerrates, Expertenberichte des SAAS. Danach kam es nach der Absage der sowjetischen Seite zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen SAAS und dem Kraftwerksbetreiber Ministerium für Kohle und Energie. Während der „Standpunkt“ der Kontrollbehörde ( 18. Juli 1989) von einer dringenden Erhöhung des Sicherheitsniveaus bis spätestens 1992 ausging, wollte der Betreiber nur zwei Blöcke bis 2000 rekonstruieren. Auch forderte das SAAS jetzt den Einbau zusätzlicher Sicherheitstechnik, die Kosten betrügen dann pro Block nicht 500 Mio., sondern 1,2 Mrd. Mark. Dafür sei kein

<sup>65</sup> Ibid. , 272-73.

<sup>66</sup> SAAS, *Kontrollbericht Nr. 15* [14. November 1989], Bundesarchiv Potsdam, 641a.

Geld „eingeplant“, so der Betreiber. Andernfalls, sollten die Arbeiten bis 1992 nicht abgeschlossen sein, würden die Blöcke 1992 stillgelegt. Der Bericht der HA XVIII vermerkt dazu die „negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.“<sup>67</sup> Die MfS Offiziere der Abteilung XVIII favorisierten einseitig die Position des Betreibers, vom „Schutz der Bevölkerung“ vor Gefahren kann keine Rede sein. 1992 rechnete das Politbüro mit einem extremen Mangel bei der Stromerzeugung, sogar unter der Annahme der Fertigstellung von Greifswald 5 und 6 und Stendal 1 bis oder um 1992.<sup>68</sup> Genau 116 Tage später wurde die Stasi „Objektdienststelle“ im Kernkraftwerk Greifswald besetzt, wurden die Unterlagen vom Volk beschlagnahmt.<sup>69</sup>

Am Ende der DDR traten doch die Befürchtungen ein, seinerzeit beargwöhnt von der Stasi: die Abhängigkeit von mangelnden sowjetischen Planungsunterlagen und mangelnder Projektausführung würden das Atomprogramm scheitern lassen:

„Auch während der Aussprache in der Kommission Kernenergie am 24. 11. 1961 wurden von einigen Wissenschaftlern, insbesondere wieder von Steenbeck und teilweise von Theißen, Meinungen geäußert, die ein bestimmtes Mißtrauen in die Fähigkeiten und in die Zuverlässigkeit der sowjetischen Wissenschaft zum Ausdruck brachten (Unglaube an die Exaktheit der theoretischen Berechnungsunterlagen der SU.) Weiterhin wurde das Verhalten und die Verfahrensweise der SU gegenüber der DDR mit einigen Zügen neokolonialistischer Politik verglichen (sinngemäß: wir wollen nicht wie Ghanesen behandelt werden, die etwa in Schweden einen Generator kaufen, um ihn laufen zu lassen, sondern wir wollen Anlagen bekommen, die wir verstehen).“<sup>70</sup>

Die von der wirtschaftlichen Realität abgewendeten Funktionäre im Politbüro und Offiziere in der Staatssicherheit waren mit dem Versuch gescheitert, eine gesamte Volkswirtschaft per Plan und Befehl lenken zu wollen. Allein die Energieversorgung des Systems ließ sich nicht mehr zuverlässig „organisieren“. Der Weiterbetrieb der vorhandenen Technik erwies sich als hochgefährlich. Das Greifswalder Kraftwerk verfügte über (pro Reaktor) ein Aktivitätsinventar von  $1,3 \times 10^{20}$  Bq, es produzierte pro Jahr und Reaktor 13.000 kg abgebrannte Brennstäbe, die wiederum 9 g/kg Plutonium (also 117 kg pro Jahr) enthielten.<sup>71</sup>

<sup>67</sup> Information zur Rekonstruktion der Blöcke 1 bis 4 im Kernkraftwerk (KKW) Greifswald/Bezirk Rostock, [MfS, HA XVIII/Leitung, Nr. 189, 11. August 1989] BStU, 29291/H.

<sup>68</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. 6. 1987, Anlage Nr. 14 zum Protokoll Nr. 26/87, SAPMO Bundesarchiv, DY30, J IV2/2 2227, 9.

<sup>69</sup> Nach Leipzig und Erfurt (am 4. Dezember 1989) war die Besetzung der „OD Greifswald“ eine der frühesten Aktionen der Bürgerbewegung, die zur Sicherung der Akten der Staatssicherheit (schließlich am 15. Januar 1990 die Besetzung der Zentrale in Berlin-Lichtenberg) führten. Einen sehr unmittelbaren Eindruck dieser Aktion gibt der nur in wenigen Exemplaren vorhandene „Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald,“ [Untersuchungsausschuß der Stadt Greifswald, Arbeitsgruppe Staatssicherheit], Greifswald, 28. Februar 1990.

<sup>70</sup> Bericht über einige Probleme des Verhaltens führender Wissenschaftler der Kommission Kernenergie zum weiteren Ausbau des Atomkraftwerkes I Rheinsberg, (Mielke an Ulbricht, Leuschner, Mewis, Apel v. 19. 11. 1961), BStU, Z 520.

<sup>71</sup> MfS, Abteilung Bewaffnung und Chemischer Dienst, *Auskunftsangaben zur Prognose und Beurteilung der Folgen nuklearer Unfälle in Kernanlagen mit möglichen sofortigen Auswirkungen für das Hoheitsgebiet der DDR*, [18. September 1989] BStU, MfS-AGM 125.



## 5. „Kohle per Draht“ - zur deutsch-deutschen Energiezusammenarbeit

Im Prinzip war der Westen über den wirtschaftlichen Niedergang der DDR, speziell von deren Energiewirtschaft gut informiert. Aus gedruckten DDR-Quellen waren die Ziele und in groben Umrissen die Situation der DDR-Energiewirtschaft nachzuzeichnen, nachzulesen z. B. in einer Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung (63 Seiten): „Die Energiepolitik der DDR. Mängelverwaltung zwischen Kernkraft und Braunkohle“ (Bonn 1988). Das Bundesumweltministerium hatte über die internationalen Forschungszusammenhänge genaue Kenntnisse der russischen Reaktoren, die in der DDR betrieben wurden.

Dennoch wurde im Westen die Idee, das System jenseits des eisernen Vorhangs könnte an einer wirtschaftlich intendierten Revolution zugrunde gehen, nur spärlich vertreten. Die politische Umwälzung, die tobenden Massen auf den Straßen war das Ziel von Befreiungsvisionen, waren sie doch der Brennspegel der mutigen Dissidenten in der Sowjetunion der frühen Breschnew-Zeit gewesen. Von Andrej Amalrik, ab 1965 für Jahre nach Sibirien verbannt<sup>72</sup> und mehrfach verhaftet, stammt das Konzept der „Entropie“, der fortschreitenden Degeneration des Systems beim Verlust der gesamtstaatlichen Steuerungsfähigkeit.

„Es [das Regime] wird sich mehr und mehr abschließen, die Kontrolle über das Land und sogar den Zusammenhang mit der Wirklichkeit verlieren. Es bedarf dann nur noch einer schweren Niederlage an der Front oder eines größeren Ausbruches von Unzufriedenheit in der Hauptstadt, beispielsweise einiger Streiks oder bewaffneter Zusammenstöße, um das Regime zu Fall zu bringen.“<sup>73</sup>

Eine politische Revolution in der DDR war offenbar, zumal bei der Stärke der *Truppen der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland*, angesichts der Traumata von 1953 und 1968, schwer vorstellbar.

Welche genauen Positionen, welche tatsächlichen Forderungen gegenüber der DDR von bundesdeutscher Regierungsseite vorgetragen wurden, läßt die vorliegende Quellenlage (die Unterlagen unterliegen dem Bundesarchiv-Gesetz) nicht zu.<sup>74</sup> Prinzipiell beschreibt

<sup>72</sup> Andrej Amalrik, *Unfreiwillige Reise nach Sibirien*, (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1970).

<sup>73</sup> Andrej Amalrik, *Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?* (Zürich: Diogenes, 1970), 77-78.

<sup>74</sup> Meine Anfrage auf Auskunft über innerdeutsche Abkommen auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurde vom BMU wie folgt beantwortet: (Auszug) „Die Federführung für die innerdeutsche Zusammenarbeit lag beim damaligen Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. In die diesbezüglichen Verhandlungen waren die jeweiligen Bundesressorts, also auch das Bundesumweltministerium im wesentlichen auf Fachebene mit den jeweiligen spezifischen Fragen einbezogen. Aus diesem Grund liegen mir keine Unterlagen über Umweltabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen DDR vor. Deshalb darf ich Ihnen nur empfehlen, mit dem Bundesarchiv, Postfach 320, 56003 Koblenz, Kontakt aufzunehmen... Mit freundlichen Grüßen, Im Auftrag, Müller,“ (BMU, Schreiben an den Autor vom 24. März 1995, G I 2-07023 II). Das ist nicht zutreffend. Der langjährige Referent für internationale Arbeit, MR Breest, könnte sehr wohl Auskunft über seine damaligen Verhandlungen geben, so die deutsche Gesetzgebung dies ermöglichte. Das innerdeutsche Ministerium war allerdings als Verhandlungspartner der DDR, schon aus Rücksicht auf den sowjetischen Partner, ungeeignet und erscheint in den vorliegenden Unterlagen nur an untergeordneter Stelle.

wohl eine Aussage des Ständigen Vertreters, Klaus Bölling, gemacht um 1985, die Strategie der Bundesregierungen in den achtziger Jahren:

„Ziel verantwortungsbewußter Deutschlandpolitik kann wohl nur sein, auf die Führung der DDR einzuwirken, daß sie Situationen aus eigener Einsicht verändert, die ihren Bürgern oft genug die Ausreise als einzige Alternative zur Resignation erscheinen läßt...Einwirkung kann und darf nicht Einmischung oder Pression bedeuten, sondern nur Förderung von selbstkritischen Denkprozessen bei den Verantwortlichen.“<sup>75</sup>

Die DDR, besser die DDR-Führung, wurde so weiterhin als „Herr der Lage“ angenommen, deren Steuerungsfähigkeit, deren Richtlinienkompetenz wurde nicht bezweifelt. Hinzu kam das öffentliche Bild, welches die DDR weltweit von sich verbreitete. Die offizielle Propaganda zählte die DDR-Wirtschaft zu den zehn weltgrößten Volkswirtschaften. Nach dem Weltbank-„Weltentwicklungsbericht“ 1982 gehörte die DDR, neben der Tschechoslowakei als einziges Ostblockland, zu den „reichsten“ Ländern.<sup>76</sup>

### **Geschickte Verschleierungspolitik am Abgrund**

Von „selbstkritischen Denkprozessen“ in Richtung auf mehr Verantwortung beim Umgang mit der Kernenergie kann bei den Mitgliedern des Politbüros keine Rede sein.

Rücksichtslos wurde, unter Bruch der eigenen Gesetze, versucht das Energieproblem als Moment des Machterhaltes zu lösen. Dazu wurden von der DDR-Seite die deutsch-deutschen Beziehungen geschickt instrumentalisiert.

Die deutsch-deutschen Wirtschaftsgespräche sind inzwischen hinreichend dokumentiert. Hinsichtlich der Energieprobleme der DDR wurde während des Honecker-Besuches in Bonn der Fortgang der Verhandlungen zu Stromlieferungen in die DDR von Kohl und Honecker begrüßt. Bei den Sondierungsgesprächen (ab 24. September 1987 in Berlin) der DDR-Handelsfirma INTRAC (Horst Steinebach, Dieter Homann) und des Generaldirektors des Kombinars Verbundnetz Energie, Herbert Knaak, mit der BEWAG (West-Berlin) und der VEBA (Benningsen-Foerder) gab es noch eine Option über Stromlieferungen der DDR (!) an die Bundesrepublik. Bei der „Grundsatzvereinbarung“ vom 7. März 1988 wurden jedoch umfangreiche Stromlieferungen an die DDR bis zum Jahre 2012 festgeschrieben. Hier wäre spätestens für die Verantwortlichen/West das Ende der Pläne zur Selbstversorgung der DDR mit Hilfe des Atomenergieprogramms abzulesen gewesen,<sup>77</sup> zumal das Atomprogramm in der Bundesrepublik genau beobachtet wurde und die DDR-Führung auf dessen Sicherheitsphilosophie hin befragt wurde. Immer wieder versuchten Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN Auskunft bei hohen DDR-Funktionären über die Kraftwerke und die Fragen der Handhabung von Atommüll in

<sup>75</sup> Klaus Bölling, „Ständige Vertretung in Ostberlin“ in Deutschland, Porträt einer Nation: Band 10, Deutschland, Europa und die Welt, Mit einer Einleitung von Michael Stürmer (Gütersloh: Bertelsmann Lexikothek Verlag, 1986), 26-29.

<sup>76</sup> „Spezialdaten zur DDR.“ in *Der Fischer Weltalmanach 1984*, Hrsg. Günther Michler und Reinhard Paesler (Frankfurt/Main: Fischer, 1983), 535-539.

<sup>77</sup> [Joachim Kahlert], *Die Energiepolitik der DDR: Mängelverwaltung zwischen Kernkraft und Braunkohle*, Die DDR: Realitäten-Argumente, Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1988), 62-63.

der DDR zu erhalten. Nach einem *Spiegel*-Artikel<sup>78</sup> über die Lagerung von Atommüll im Grenzgebiet zu Niedersachsen, schrieb Jochen Brauer, MdB, am 7. August 1987 an Honecker einen Brief. Honecker notierte auf das Original am 28. August: „Gen. G. Mittag zur Bearbeitung“ und Günter Mittag legte am 3. September 1987 einen Antwortbrief vor, dem Honecker am gleichen Tag mit „Einverstanden“ abzeichnete. Sehr höflich bat Brauer als betroffener Bürger, er wohnte in der Gegend, um Auskunft über eine umstrittene Anlage auf der DDR-Seite der Grenze zu erhalten, wo Atommüll in ein Salzbergwerk verbracht wurde. Er wollte wissen, ob sich die, noch heute genutzte, Anlage Morsleben für radioaktive Stoffe eigne und wie der Nachweis dieser Eignung erfolgte. Mittag schlug vor, daß der SAAS-Chef Sitzlack die übliche Information der DDR-Position weitergeben solle und er auf die Anfrage „nur insofern einzugehen [habe], wie dadurch die Sicherheitsinteressen und der festgelegte Vertraulichkeitsgrad derartiger Informationen nicht beeinträchtigt werden.“ In der Antwort wurde erklärt, auch unter schwierigsten Umständen, wäre keine radioaktive Gefährdung der Umwelt zu erwarten.<sup>79</sup> Die Bitte von Jochen Brauer um eine Genehmigung zu einem Besuch in Morsleben wurde ignoriert. Ebenso wurde die Anfrage der „Neuen Revue“ behandelt, deren Umweltredakteur sich monatelang abmühte vom Außenministerium Antwort auf die Frage nach der Sicherheit der Greifswalder Reaktoren zu erhalten. Obwohl er exakt die Schwachstellen der Reaktoren benannte, ein Hinweis mehr, daß auch die Experten im BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) aus zugänglichen Quellen unterrichtet waren, wurde ihm vom SAAS-Hauptabteilungsleiter Scheel die Gefahrlosigkeit der Anlage im Herbst 1987 bescheinigt. Wider besseres Wissen, denn Hans Scheel war als SAAS-Vizepräsident über die Berichte der SKG bestens unterrichtet und er war Mitglied der Verhandlungsdelegation mit dem BMU zum Abschluß des Strahlenschutz-Abkommens. Dieser Briefwechsel findet sich allerdings in den Unterlagen der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS)<sup>80</sup>, der Besuchswunsch in Greifswald wurde ignoriert.

### **Keine Eile zur Kontrolle der DDR-Atomanlagen**

Das BMU, insbesondere Minister Töpfer, hatte es mit einem Besuch in DDR-Atomkraftwerken nicht eilig. Töpfer fehlte beim ersten Besuch einer BMU-Delegation im Oktober 1988 in der DDR, „wegen internationaler Verpflichtungen im Rahmen der EU“, ein für das Frühjahr vorgesehener Besuchstermin wurde verschoben, so daß SAAS-Chef Sitzlack am 24. August 1989 Mittag vorschlug nach Bonn zu reisen, um für 1990 einen Besuchstermin zu vereinbaren.

Nach der „Wende“ fuhr Töpfer dann eilig vom 16.-18. Januar 1990 nach Greifswald und „bemerkte“ den katastrophalen Zustand der Anlagen. Dies wäre bereits im Jahre 1988 möglich gewesen. Nicht ohne Grund erfolgte die Abschaltung der ersten Greifswalder Reaktoren innerhalb von vier Wochen nach dem Töpfer-Besuch.<sup>81</sup>

<sup>78</sup> „Was die da machen, weiß keiner genau: Deutsch-deutsche Gemeinsamkeit, Auch die DDR lagert ihren Atommüll in Grenznähe,“ *DER SPIEGEL*, no. 32 (1987): 69-71.

<sup>79</sup> SAPMO Bundesarchiv, DY 30, vorl. SED 4205, 69-74.

<sup>80</sup> BStU, MfS-ZAIG, 14516

<sup>81</sup> Die Eckdaten des zeitlichen Ablaufes zur Abschaltung des Greifswalder Kraftwerkes waren folgende: 25./26. Januar 1990 Expertengespräche von GRS, TÜV (Technischer Überwachungsverein), BMU; 29. Januar 1990 Debatte am

Die DDR-Führung hatte ab Sommer 1987 den Besuch der BMU-Expertendelegation mit extremem Aufwand vorbereitet und wie eine militärische Übung auf Feindesland abgewickelt. Im September 1987 wurde, während des Honecker-Besuches, gegenüber dem SAAS-Chef Sitzlack vom damaligen Staatssekretär im BMU, Clemens Stroetmann, noch einmal die Bitte ausgesprochen, das Endlager Morsleben besuchen zu dürfen.<sup>82</sup> Zuvor (August 1987) hatten die Verhandlungsführer Hohlefelder (BMU) und Röhnsch (SAAS) das „Strahlenschutzabkommen“ in Bonn paraphiert und inhaltliches Stillschweigen vereinbart. Dies hatte, nach der von Röhnsch berichteten Erfüllung der „Direktive“ (Verhandlungsziele) zur Folge, daß die DDR nur Informationen mit dem BMU „austauschte“, die bereits der IAEO mitgeteilt worden waren: die sogenannten Hauptparameter der jeweiligen Atomanlage. Ausdrücklich hieß es in der Direktive:

„Diese Konkretisierung [Weitergabe von Informationen über die Hauptparameter] entspricht den durch die DDR der Internationalen Atomenergie-Organisation bereits übermittelten Angaben. Informationen über anlagenspezifische Sicherheitstechnik sind nicht einzubeziehen.“<sup>83</sup>

Nach vier Jahren Verhandlungen mußte die DDR genau nur die Informationen weitergeben, die eine Offenlegung von Sicherheitsmängeln in DDR-Kernkraftwerken weiter verhinderte. Das Verhandlungsziel der DDR war erreicht. Im März 1983 hatte eine zentrale „SAAS-Information“ festgestellt, daß die DDR ein Abkommen mit der Bundesrepublik anstrebe, welches den Informationsaustausch über Sicherheit, Strahlenschutz und Katastrophenschutz von Kernanlagen regeln solle. Im Januar 1983 hatte der damalige Leiter der ständigen Vertretung, Hans Otto Bräutigam, das Interesse der Bonner Seite angezeigt.

Ein Stück Normalität zwischen „souveränen Staaten“ sollte die Vereinbarung demonstrieren, mehr aber nicht. Die Ziele der DDR wurden klar formuliert:

„Den Rahmen für die bilaterale Zusammenarbeit ...bilden die Rechte und Pflichten der beiden Länder als Mitglieder der IAEO;  
Die bilaterale Zusammenarbeit ist zu begrenzen auf den Austausch von

---

„Runden Tisch“; 14. Februar 1990 Tagung von sowjetischen Experten und der GRS im SAAS; 15. Februar 1990 Abschaltung Block 2 Greifswald; 16. Februar 1990 Pressekonferenz Töpfer; 28. Februar 1990 Abschaltung Block 3 Greifswald

<sup>82</sup> „Er [Klaus Töpfer] bat dringlich, Mitarbeitern seines Ministeriums einen Besuch des Endlagers der DDR für radioaktive Abfälle in Morsleben zu gewähren, um fortwährende Anfragen von Abgeordneten des Bundestages, kommunalen Vertretern, Pressevertretern und Bewohnern des an das Endlager angrenzenden Gebietes der BRD über die Gefährdung des BRD-Territoriums begegnen zu können.“ in [Georg Sitzlack] *Bericht über den Aufenthalt am 8. 9. 1987 in der BRD im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Abkommens über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes*, Anlage zum Schreiben von Günter Mittag an Erich Honecker vom 28. September 1987, SAPMO, DY 30/vorl. SED, 42040, 58-61.

<sup>83</sup> Ibid. , 128; Siehe auch das *Schreiben von Oertzen (BMU) an Röhnsch [Röhnsch] (SAAS) vom 7. Juli 1987*, BStU, MfS, ZAIG 14516.

allgemeinen Informationen...nicht größer als unbedingt erforderlich; Die Belange von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz sind strikt zu wahren.“

Daß die Verhandlungsziele <sup>84</sup> in zwischenstaatlichen Verhandlungen von einer Seite erreicht werden, ist nicht ungewöhnlich. Zweifelhaft ist aber, ob die BMU-Verantwortlichen im Wissen um die Sicherheitsprobleme der DDR-Atomanlagen der grundgesetzlichen Verantwortung für alle Deutschen in diesen Verhandlungen nachgekommen ist. Erst im September 1987 wurde das „Strahlenschutzabkommen“ unterzeichnet. Trotz aller Expertengespräche und Besuche in DDR Atomanlagen, kamen keine Angaben über Störfälle ans Tageslicht. Erst ein Spiegelbericht im Januar 1990 listete die schweren Greifswalder Unfälle auf.<sup>85</sup>

### **Keine unbequemen Fragen an die DDR**

Ein Blick in die DDR-Unterlagen des BMU-Besuches 1988 zeigt die Verhandlungsstrategie des BMU während des Besuches am 13. Und 14. Oktober 1988 auf. Nach einigen Fachgesprächen im Berliner SAAS-Gebäude am ersten Tag, besuchte die Expertendelegation unter Dr. von Oertzen am 14. Oktober für einige Stunden das Atommüll-Lager Morsleben. In Bericht des DDR-Delegationsleiters Röhnsch an Günter Mittag wurde danach sehr zufrieden vermerkt: „Die Direktive wurde erfüllt. Besondere Vorkommnisse traten nicht auf. Die Beratungen verliefen in einer aufgeschlossenen und sehr sachlichen Atmosphäre.“

Nach einem allgemeinen Austausch von Meinungen und Darlegungen der jeweiligen Rechtspositionen sei auch zu „anderen Themenkomplexen“ gesprochen worden:

„Technische Einzelheiten, z. B. zur sicherheitstechnischen Auslegung von Kernkraftwerken, wurden nicht behandelt. Die vom BRD-Delegationsleiter offenbar auftragsgemäß und auch nur vorsichtig erhobenen Fragen zu dem im September in der BRD-Zeitung „Stern“ erschienenen Artikel über die Kernenergie in der DDR wurden von der DDR-Delegation unter Hinweis auf die Unseriosität [Unseriösität] der dort erhobenen Behauptungen zurückgewiesen und die Erwartung ausgedrückt, daß die Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit der Zusammenarbeit mit der DDR die BRD-Seite in die Lage versetzen sollte, künftig solchen Anwürfen selbst entgegen zu können.“<sup>86</sup>

Die Zufriedenheit seitens der DDR-Funktionäre spricht dafür, daß für die BMU-Mitarbeiter die Aufdeckung von Sicherheitsmängeln der DDR-Kernkraftwerke kein Verhandlungsziel war, zumal ein Besuch in Greifswald nicht auf die Tagesordnung dieses Besuches

<sup>84</sup> BStU, MfS Rechtstelle 515, MfAA der DDR *Oskar Fischer, Minister, Schreiben an Erich Mielke, MfS, Büro des Ministers vom 8. März 1983.*

<sup>85</sup> „Zeitbombe Tschernobyl-Nord,“ *DER SPIEGEL*, no. 5 (1990).

<sup>86</sup> BStU, MfS-ZAIG, 14516.

genommen wurde und die Begleitung der BMU-Delegation durch bundesdeutsche Pressevertreter von der DDR-Führung verhindert wurde.<sup>87</sup>

## 6. Zusammenfassung

### Keine Hoffnung mehr

Fast zwanzig Jahre nach dem Baubeginn in Greifswald mußte die DDR-Führung im Sommer 1988 das Scheitern des Atomprogrammes (intern) einräumen. Das Politbüro des ZK der SED hatte zur Kenntnis nehmen müssen, daß das Atomprogramm nicht in den angestrebten Zeiträumen zu realisieren sein würde und die Energieversorgung in der DDR vor erheblichen Problemen stehen würde.<sup>88</sup> Die sowjetische Seite war nicht mehr in der Lage, die vereinbarten Lieferungen zu realisieren (Siehe Anmerkung 38).

Eine Wende in der Energiepolitik war vom Politbüro aus nicht zu begründen. Wie bei anderen, dringenden Problemen, vor denen sich die DDR nach 1987 gestellt sah, war krisenlösendes Management im Politikvorrat dieses autokratischen Zirkels nicht vorhanden. Im unteren Apparat (hier im Ministerium für Kohle und Energie, der Plankommission und in den Fachgremien des SAAS) war die Krise über Jahre bekannt. Vielleicht ist die permanente Energiekrise, ausgelöst durch ein starres Festhalten des Politbüros am bereits verzögerten und immer teurer werdenden Atomprogramm, ein Indiz, warum die sozialistische Bürokratie so wenig Widerstand gegen ihre eigene Auflösung im Herbst 1989 zu Wege brachte: es konnte nur besser werden.

Die von der SIEMENS-Tochter KWU Anfang September 1988 in Aussicht gestellte energiepolitische Rettung mit dem Bau von zwei kreditfinanzierten Kernreaktoren in der DDR<sup>89</sup> wurde vom Politbüro ausgeschlagen. Beim für die Energieversorgung zuständigen „Ministerium für Kohle und Energie“ traf die KWU-Offerte dagegen auf offene Ohren. In einem Bericht über das KWU-Angebot, den Minister Mitzinger am 13. September 1988 an Wirtschaftssekretär Günter Mittag schickte, wurde auf die Vorteile eines, das internationale Sicherheitsniveau repräsentierenden, KWU Kernkraftwerkes hingewiesen. Mitzinger schlug vor, daß die Plankommission und die Ministerien für Kohle und Energie, Außenhandel, Elektrotechnik und Elektronik und Bauwesen prüfen sollten, ob und wie KWU in das DDR-Atomprogramm der 1990er Jahre einzubeziehen sei. Mehr noch, eine gründliche Prüfung sollte stattfinden, da nach Verhandlungen mit der russischen Seite im

---

<sup>87</sup> *Entscheidungsvorlage, Besuch des Bundesministers der BRD für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Professor Klaus Töpfer, in der DDR, Anlage 1 zum Schreiben von Georg Sitzlack [SAAS] an Günter Mittag vom 4. August 1988, BStU Z 520.*

<sup>88</sup> *Information, Anlage zum Schreiben von Schalck-Golodkowski an Mittag vom 7. Dezember 1988, SAPMO, DY 30/vorl. SED 42040: 48-51.*

<sup>89</sup> Während der Leipziger Herbstmesse 1988 war dem Generaldirektor des Greifswalder Atomkraftwerkes, Rainer Lehmann, vom KWU Manager Heinrich von Pierer eine Studie zum Bau von zwei 1300 MW Blöcken (1990/91 und 1997/98) übergeben worden. Die Baukosten schätzte KWU auf 4, 8 Mrd. DM, alle erforderlichen Ausrüstungen und die Sicherheitstechnik sollte von KWU geliefert werden. Am 6. Dezember 1988 wurde dazu in Berlin verhandelt, auf DDR-Seite von Helmut Schindler (Transinter, KoKo Bereich) und Jochen Jacobi (Ministerium für Kohle und Energie), auf bundesdeutscher Seite Kaske, Neglein (Siemens) und Barthels, Hirschmann (KWU). Schalck-Golodkowski schlug danach Mittag vor, das Projekt nicht weiter zu verfolgen, statt dessen im Rahmen einer Reise des Außenhandelsministers Beil (17./18. Dezember 1988) mit französischen Anbietern zu verhandeln. Damit war Siemens in der DDR gescheitert:

Sommer 1988 sicher war, daß „gegenwärtig keine Sicherheiten für die Realisierung des beschlossenen Kernenergieprogramms und damit für die Gewährleistung der Elektroenergieversorgung in den 90iger Jahren bestehen.“<sup>90</sup> Ergänzend schrieb dazu Alexander Schalck-Golodkowski an Günter Mittag, daß die Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit „BRD-Unternehmen“ im Kernenergiebereich „prinzipielle politische Entscheidungen zur Voraussetzung haben“. Für diese grundsätzlichen Entscheidungen schuf erst die Entmachtung von Honecker und Mittag am 18. Oktober 1989 die Voraussetzung in der Auflösung der DDR. Der wirtschaftliche Niedergang der „neuen Bundesländer“ nach 1991 verhinderte jedoch neue Projekte im Kernenergiebereich. Noch bis zum Jahr 2008 werden die Greifswalder Reaktoren rückgebaut, wird das DDR-Atomprogramm in Millionen Tonnen Atommüll verwandelt.

---

### Abkürzungen

Abteilung XVIII	MfS-Einheit, zuständig für die Wirtschaft der DDR
Abteilung XX	MfS-Einheit, zuständig für die Kontrolle von Regimekritikern
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
IAEO, IAEA	Internationale Atomenergie Agentur
KKW	Kernkraftwerk
MfS (Stasi)	Ministerium für Staatssicherheit
MW	Megawatt

---

<sup>90</sup> *Information über eine Studie des Unternehmensbereiches Kraftwerk Union des BRD-Unternehmens Siemens AG (KWU) zur Errichtung von Kernkraftwerkskapazitäten in der DDR, Anlage zum Schreiben von Mitzinger an Mittag vom 13. September 1988, SAPMO, DY 30/vorl. SED 42040, 66-68. Die Leipziger Herbstmesse 1988 wurde am 5. September 1988 eröffnet, traditionell mit dem Honecker-Rundgang. Siehe auch das Honecker-Bangemann Gespräch*

OD	Objektdienststelle des MfS
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAAS	Staatliches Amt für Atomsicherheit der DDR
SAPMO Bundesarch.	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Führungszirkel: Zentralkomitee/ZK; Politbüro des ZK der SED/Politbüro)
SKG	Ständige Kontrollgruppe Anlagensicherheit
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
SU, UdSSR	Sowjetunion (von russ. Sovetskij Sojuz), Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
WWER	Sowjetischer Druckwasserreakortyp, vorrangig für den Export in RGW-Länder bestimmt

---

Autor: Seit 1987 Forschungen zum politischen Denken der frühen Stalinära und der Perestroika, danach Filmemacher für das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) über historische und gegenwärtige Probleme der deutschen Vereinigung, zahlreiche Zeitschriften - Beiträge zur Civil Society in Osteuropa und in Ostdeutschland. Lebt als Journalist und Researcher in Sapporo/Japan.

[Anmerkung 2003: 1999 Rückkehr nach Deutschland, seither Wissenschaftsreporter für ARD und 3sat bei der Wissenschaftsredaktion des SWR: u.a. zahlreiche Magazinfilme zum Thema Zukunft der Kernenergie, zum Rückbau von Atomanlagen und zur Energiepolitik in Europa

Büro: SWR Fernsehen, Wissenschaft, 76522 Baden-Baden, Tel. 07221.9296249; michael.haenel@swr.de]

---